



Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken



Konzernabschluss und Konzernlagebericht 2025

BAG
Klar im Vorteil.

BAG Bankaktiengesellschaft

Gabelsbergerstr. 1a

59069 Hamm

www.bag-bank.de



**Konzernabschluss und
Konzernlagebericht
der
BAG Bankaktiengesellschaft
2025**

Inhaltsverzeichnis

Seite

Konzernlagebericht der BAG Bankaktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2025	3
Konzernabschluss der BAG Bankaktiengesellschaft 2025.....	33
- Konzern-Jahresbilanz	34
- Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	36
- Konzernanhang.....	37
- In den Konzernabschluss 2025 der BAG Bankaktiengesellschaft einbezogene Unternehmen	64
- Kapitalflussrechnung des BAG-Konzerns	65
- Eigenkapitalspiegel des BAG-Konzerns.....	66
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers.....	67
Bericht des Aufsichtsrates.....	79



**Konzernlagebericht
der
BAG Bankaktiengesellschaft
für das Geschäftsjahr
2025**

Konzernlagebericht der BAG Bankaktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2025

1	Grundlagen des Konzerns	5
1.1	Geschäftsmodell der BAG Bankaktiengesellschaft	5
1.2	Ziele und Strategien	6
1.3	Das Steuerungssystem	6
2	Wirtschaftsbericht	7
2.1	Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen	7
2.2	Geschäftsverlauf	8
2.3	Projektmanagement	10
2.4	Lage	11
2.4.1	Vermögenslage	11
2.4.2	Ertragslage	13
2.4.3	Finanzlage	15
2.5	Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	15
2.5.1	Finanzielle Leistungsindikatoren	15
2.5.2	Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	16
2.5.3	Vergütungssystem der Mitarbeiter	17
3	Prognose-, Chancen- und Risikobericht.....	18
3.1	Prognosebericht	18
3.2	Chancen-/Risikobericht	19
3.2.1	Zielsetzung und Grundlagen des Risikomanagements	19
3.2.2	Deckung der Risikoaktiva durch angemessene Eigenmittel	20
3.2.3	Risikotragfähigkeit	21
3.2.4	Risikoarten und ihre Steuerung	22
3.2.5	Interne Revision	31

1 Grundlagen des Konzerns

1.1 Geschäftsmodell der BAG Bankaktiengesellschaft¹

Die BAG Bankaktiengesellschaft als Mutterunternehmen versteht sich, unter Berücksichtigung der Geschäftsstrategie, als Spezialkreditinstitut der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken² für die Beratung, Bewertung, Bearbeitung und Übernahme nicht strategischer Assets³ und als Partner für die Mitglieder der Genossenschaftlichen FinanzGruppe sowie als Impuls- und Ideengeber in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe im regulatorischen Umfeld mit nicht strategischen Assets.

Geschäftsgebiet des BAG Bankaktiengesellschaft-Konzerns⁴ ist grundsätzlich die Bundesrepublik Deutschland, sein Sitz ist in Hamm. Das Mutterunternehmen beschäftigte im Jahresdurchschnitt 106 (Vorjahr: 98) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter⁵ und weitere 64 (Vorjahr: 63) Mitarbeiter in den konsolidierten Tochtergesellschaften. Vertragspartner der BAG Bankaktiengesellschaft sind im Wesentlichen die Mitglieder der Genossenschaftlichen FinanzGruppe, die nicht strategische Assets von der BAG Bankaktiengesellschaft im Servicing bearbeiten lassen bzw. problembehaftete Kreditforderungen, Immobilien und/oder Beteiligungen auf den BAG-Konzern übertragen.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient sich die BAG Bankaktiengesellschaft der Unterstützung von Gesellschaften des BAG-Konzerns, die neben den hierfür im Wesentlichen eingeschalteten Dienstleistungsgesellschaften, welche u.a. Leistungen in der Kreditbearbeitung, der Immobilienbewertung und -vermittlung sowie im Inkasso erbringen, auch Zweckgesellschaften umfasst. Der BAG-Konzern ist dennoch maßgeblich durch das Mutterunternehmen geprägt, das mit 1.881,4 Mio. EUR bzw. 98,5 % (Vorjahr: 709,7 Mio. EUR bzw. 93,8 %) zur Konzernbilanzsumme beiträgt.

Die BAG-Bank hat als übernehmender Rechtsträger Teile aus dem Vermögen der Volksbank Dortmund-Nordwest eG, Dortmund, im Rahmen einer Ausgliederung zur

¹ BAG Bankaktiengesellschaft: im Folgenden auch BAG, BAG-Bank, Bank oder Mutterunternehmen genannt.

² Zur besseren Lesbarkeit wird im weiteren Verlauf des Lageberichtes von der „Genossenschaftlichen FinanzGruppe“ gesprochen.

³ Unter nicht strategischen Assets werden problembehaftete Kreditengagements, Immobilien und Beteiligungen sowie Kreditengagements, deren Fortsetzung unter den Aspekten von Klimaverträglichkeit, Nachhaltigkeit und gesellschaftlicher Akzeptanz gefährdet ist („brown-finance“, „distressed assets“) subsumiert.

⁴ BAG Bankaktiengesellschaft-Konzern: im Folgenden auch BAG-Konzern genannt.

⁵ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und ohne jede Diskriminierungsabsicht wird im weiteren Verlauf des Lageberichts ausschließlich die Form „Mitarbeiter“ genutzt. Mit „Mitarbeiter“ sind alle Geschlechter (m/w/d) gemeint und einbezogen.

Aufnahme nach § 123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG übernommen. Die notwendigen Beschlüsse wurden von der Hauptversammlung der BAG Bankaktiengesellschaft und der Vertreterversammlung der Volksbank Dortmund-Nordwest eG jeweils am 3. Juni 2025 gefasst. Die Eintragung der Ausgliederung im Handelsregister erfolgte am 11. September 2025 und wurde rückwirkend zum 1. Januar 2025 vollzogen. Es wurden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten in Höhe von jeweils 242 Mio. EUR übernommen und als Gegenleistung eine eigene Aktie im Nennwert von EUR 26 übertragen.

Die BAG Bankaktiengesellschaft gehört der BVR-Institutssicherung an. Das Sicherungssystem ist eine Einrichtung der BVR Institutssicherung GmbH, Berlin (BVR-ISG), die als amtlich anerkanntes Einlagensicherungssystem gilt. Daneben ist die BAG Bankaktiengesellschaft der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR-SE) angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und dem Garantieverbund besteht.

1.2 Ziele und Strategien

Der BAG-Konzern mit der Bank als Mutterunternehmen strebt die Bereitstellung einer einwandfreien Produkt- und Dienstleistungsqualität an. Der Nutzen und die Zufriedenheit der Primärbanken mit den Leistungen der BAG Bankaktiengesellschaft stehen im Vordergrund. Ferner besteht das Ziel des Mutterunternehmens einer dauerhaft stabilen Ertragskraft unter der Nebenbedingung eines ausreichenden regulatorischen und ökonomischen Eigenkapitals.

1.3 Das Steuerungssystem

Dem Bereich Unternehmenssteuerung obliegt die gruppenweite Überwachung der wesentlichen betriebswirtschaftlichen Kennziffern, der monatlichen Soll-/Ist-Vergleiche sowie der jährlichen und anlassbezogenen GuV- und Bilanzplanung der BAG Bankaktiengesellschaft und des BAG-Konzerns.

Des Weiteren erfolgt in diesem Bereich durch das Risikocontrolling die Überwachung der banktypischen Risiken. Hierzu verweisen wir im Einzelnen auf die Berichtsschnitte unter 3.2.1 ff.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Jahr 2025 konnte sich die deutsche Wirtschaft noch nicht aus der ausgeprägten Schwächephase der Vorjahre befreien. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat sich jedoch etwas gefestigt. So stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nach ersten amtlichen Berechnungen leicht um 0,2 %, nachdem es in den Jahren 2023 und 2024 noch um 0,9 % beziehungsweise 0,5 % gesunken war. Auch das Preisgeschehen hat sich stabilisiert. Während sich die Verbraucherpreise 2023 noch um hohe 5,9 % verteuerten, erhöhten sie sich im Jahresdurchschnitt 2025 um 2,2 % und damit in gleichem Maße wie 2024.⁶

Die wirtschaftliche Stimmung hat sich zwar zu Jahresbeginn aufgehellt, befördert vor allem durch die erwarteten Ausgabensteigerungen der neu gewählten Bundesregierung für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz. Eine nachhaltige Konjunkturbelebung blieb jedoch erneut aus. Die Gemengelage aus hohen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten — unter anderem verursacht durch die unberechenbare US-Handelspolitik — und anhaltenden inländischen Strukturproblemen — wie den Bürokratielasten und dem allgemeinen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit — dämpfte die Konjunktur. Im Zuge von Vorzieheffekten der angekündigten US-Importzollerhöhungen war das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal noch deutlich gestiegen. Im weiteren Jahresverlauf belasteten die Zollerhöhungen jedoch umso mehr. Auch die zum Jahresende langsam wirksam werdenden Wachstumsimpulse der Bundesregierung, wie die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen, führten noch keine durchgreifende Belebung herbei.⁷

Die wirtschaftspolitischen Verwerfungen beeinträchtigen weiterhin die Unternehmensstabilität. Die Zahl der insolventen Unternehmen in Deutschland hat 2025 den höchsten Stand seit mehr als zehn Jahren erreicht. Im Jahresverlauf mussten 23.900 Firmen Insolvenz anmelden – das ist ein Anstieg von 8,3 % im Vergleich zum Vorjahr (22.070 Fälle). Der Zuwachs fiel damit jedoch deutlich geringer aus als in den beiden Vorjahren

⁶ vgl. Rundschreiben des BVR vom 28.01.2026 zur Erstellung der Geschäftsberichte der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

⁷ vgl. Rundschreiben des BVR vom 28. Januar 2026 zur Erstellung der Geschäftsberichte der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

(2023: plus 22,9 %; 2024: plus 22,5 %). Kleinstunternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten machen den größten Anteil der Unternehmensinsolvenzen aus. In diesem Segment meldeten rund 19.500 Firmen Insolvenz an – deutlich mehr als im Vorjahr (17.900 Fälle) und insgesamt 81,6 % aller Insolvenzen. Bei großen Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten fiel der Anstieg moderat aus: 2025 wurden rund 140 Großinsolvenzen verzeichnet. Besonders stark betroffen war die Gesundheits- und Pflegebranche mit mehreren größeren Insolvenzfällen. Auch bei Verbrauchern setzte sich der Negativtrend fort. Die Zahl der Privatinsolvenzen stieg 2025 um weitere 6,5 % auf rund 76.300 Fälle (Vorjahr: 71.630) – der höchste Stand seit 2016.⁸

Der Immobilienmarkt in Deutschland ist aufgrund der überwiegend immobilienbesicherten Kredite, des Immobilienbestandes der BAG sowie der über den Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 1138 gehaltenen Immobilienfonds von besonderer Bedeutung. Für den deutschen Immobilienmarkt ist im Geschäftsjahr 2025 eine leichte Erholung zu verzeichnen, ungeachtet dessen befindet sich die Immobilienbranche weiterhin in einer Phase vorsichtiger Zurückhaltung. Der Markt für Wohnimmobilien – vor allem Baugrundstücke und Häuser für Eigennutzer sowie Eigentumswohnungen für Kapitalanleger zeigt sich leicht erholt.⁹ Die Preise für Wohnimmobilien erhöhten sich im Jahresvergleich um 4,2%. Die Preise der von Kreditinstituten finanzierten Gewerbeimmobilien verteuerten sich im vierten Quartal 2025 weiter: Auf Jahressicht stiegen die Preise um 3,5%. Dabei verzeichneten Büros mit 3,9% stärkere Zuwächse als Einzelhandelsobjekte (+2,3%).¹⁰

2.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung verlief insgesamt günstig und insbesondere im Segment BAG-Forderungsankauf oberhalb der Erwartungen. Die Bilanzbestände haben sich bedingt durch die Übernahme problembehafteter Assets von Primärbanken der Genossenschaftlichen FinanzGruppe erneut deutlich erhöht.

Innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe waren nur in Einzelfällen Auswirkungen der Multi-Krisen auf das NPL-Geschehen zu verzeichnen. Gleichzeitig hat sich der von den Banken zu Jahresbeginn erwartete Anstieg der NPL-Quoten und NPL-

⁸ vgl. Insolvenzen in Deutschland (Jahr 2025) Verband der Vereine Creditreform e.V. vom 08. Dezember 2025.

⁹ vgl. Marktstudie bulwiengesa – Immobilienindex Januar 2026

¹⁰ vgl. vdpResearch vom 10.02.2026

Bestände im Geschäftsjahr 2025 weitgehend materialisiert.¹¹ Entsprechend wurde das insgesamt akquirierte Neugeschäft im Mutterunternehmen im Vorjahresvergleich wiederholt gesteigert.

Das Segment BAG-Servicing entwickelte sich weitgehend im Rahmen der prognostizierten Werte. In diesem Segment wurden 302 Problemkreditengagements mit einem Bearbeitungsvolumen in Höhe von 147,9 Mio. EUR (Vorjahr: 561 Problemkredite und 253,2 Mio. EUR) zur Bearbeitung im Rahmen des Outsourcing für die jeweiligen Ortsbanken seitens der Bank übernommen. Zum Berichtsstichtag befanden sich 937 Problemkredite (Kreditnehmereinheiten) in der Bearbeitung der BAG Bankaktiengesellschaft (Vorjahr: 857). Die Anzahl der Banken, die sich vertraglich an die BAG Bankaktiengesellschaft gebunden haben, stieg auf 272 (Vorjahr: 251). Mit 8 Beratungen (Erstellung von Abwicklungs- und/oder Sanierungskonzepten) wurde dieses Segment kundenorientiert ergänzt.

Im Segment BAG-Forderungsankauf der BAG Bankaktiengesellschaft erfolgten Ankäufe von 1.631 Kreditnehmereinheiten mit einem Kreditvolumen von 1.249,2 Mio. EUR (Vorjahr: 39 Forderungsankäufe mit einem Kreditvolumen in Höhe von 173,9 Mio. EUR). Dieses Segment hat die Erwartungshaltung deutlich übertroffen. Ursächlich sind im Wesentlichen zwei Effekte, welche das Geschäftsjahr maßgeblich geprägt haben: Die Ausgliederung von Vermögensteilen der Volksbank Dortmund-Nordwest eG, Dortmund, auf die BAG Bankaktiengesellschaft und die Übernahme eines großen Portfolios von Problemkrediten eines weiteren Institutes der Genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Die Ergebnisbeiträge (sonstige betriebliche Erträge) der Tochtergesellschaften BAG Wert GmbH mit 4.371 TEUR (Vorjahr: 4.261 TEUR) sowie die HFI Finanz- und Investitions-Beratungsgesellschaft Hamm mbH mit 1.086 TEUR (Vorjahr: 948 TEUR) lagen leicht über Vorjahresniveau. Die Ergebnisbeiträge der VR Inkasso Leasing & Consulting GmbH konnten mit 2.609 TEUR (Vorjahr: 1.772 TEUR) gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert werden.

¹¹ Vgl. eba risk dashboard (10.12.2025), <https://edap-public.eba.europa.eu/Report/index/Mjg=?rhversion=20260121164608-2>

Im Vertriebsfokus standen und stehen weiterhin die Akquise interessierter Banken für die Lösungsangebote des BAG-Konzerns und die Stärkung der Partnerschaften mit den aktiven Servicingbanken. Dies wurde durch einen ganzheitlichen Vertriebsansatz, digitale Schnittstellen zwischen dem BAG-Konzern und ihren Kunden und ein medienübergreifendes Marketing unterstützt.

2.3 Projektmanagement

Die heutige HCL Notes-Umgebung der BAG-Bank wird bis Ende 2027 schrittweise abgelöst. Die eigenen Notesanwendungen müssen entweder archiviert oder in alternative Anwendungen überführt werden. Hierzu werden im Jahr 2026 umfangreiche Aktivitäten erforderlich sein.

Die Umsetzung der EU-Verordnung zur Regulierung der Themen Cybersicherheit, IKT-Risiken und digitale operationale Resilienz im Finanzsektor (DORA) wurde im Jahr 2025 umgesetzt. Schwerpunkte waren insbesondere die weitere Umsetzung der Vorgaben und die Anpassung der Regelprozesse.

Die Weiterentwicklung des Arbeitsumfeldes, die geänderten Arbeitsgewohnheiten und der einhergehende Fachkräftemangel machen eine Anpassung der Arbeitsumgebung an die neuen Arbeitswelten erforderlich. Im Rahmen des Projektes „New Work – auf dem Weg zur neuen Arbeitswelt“ werden Konzepte erarbeitet und verprobt, die in die Gestaltung des Umbaus des Hauptstandortes in Hamm einfließen werden. Die Beteiligung aller Bereiche und Gesellschaften des BAG-Konzerns am Transformationsprozess und die Berücksichtigung der Anforderungen an eine nach den New-Work-Prinzipien gestaltete Architektur und Arbeitsumgebung wurden im Rahmen von Workshops erarbeitet. Die Umsetzung der neuen Prinzipien in der Inbetriebnahme des ersten Bauabschnitts im Jahr 2026 soll die Erreichung des Ziels einer neuen, den aktuellen Anforderungen angepassten Arbeitsumgebung, sicherstellen. Hierzu wird neben einer an die aktuellen und zukünftigen Bedarfe angepassten Innenarchitektur weiter in die IT-Ausstattung und die Medientechnik investiert.

Die bereits verfügbaren und in weiteren Ausbaustufen bereitgestellten Robotik- und KI-Anwendungen werden schrittweise in die Systeme und Arbeitsabläufe integriert. Ziel ist es, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Routineaufgaben zu entlasten und das Wissensmanagement besser zu unterstützen. Hierzu sind neben der technischen

Einführung und Adaption angemessene Governancestrukturen zu schaffen, um die Anforderungen des EU-AI-Acts zu erfüllen.

2.4 Lage

2.4.1 Vermögenslage

Im Berichtsjahr ergaben sich bedingt durch den Ankauf problembehafteter Assets von Primärbanken der Genossenschaftlichen FinanzGruppe sowie der vollzogenen Ausgliederung zur Aufnahme von Vermögensteilen der Volksbank Dortmund-Nordwest wesentliche Veränderungen in der Struktur des Vermögens des BAG-Konzerns.

Die Forderungen an Kreditinstitute von 234,7 Mio. EUR (Vorjahr: 64,0 Mio. EUR) betreffen insbesondere Guthaben bei der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main (DZ BANK).

Die Kundenforderungen haben sich insbesondere durch die Übernahme problembehafteter Forderungen um 926,9 Mio. EUR auf 1.018,0 Mio. EUR erhöht (Vorjahr: 91,1 Mio. EUR). Sofern bei angekauften Forderungen im Rahmen des Übernahme-procederes Wertkorrekturen erforderlich waren, wurden diese von der BVR-SE abgeschirmt.

Das insgesamt bearbeitete Problemkreditvolumen (einschließlich des Problemkreditvolumens im Servicing) betrug zum Bilanzstichtag 1.726,8 Mio. EUR (Vorjahr: 660,1 Mio. EUR).

Ein festverzinslicher Wertpapierbestand von 19,8 Mio. EUR (Vorjahr: 26,1 Mio. EUR) von Emittenten bester Bonitäten dient der Erfüllung der bankaufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen.

Außerdem werden langfristige nachrangige Pflichtwandelanleihen (AT1-Anleihen) der DZ BANK in Höhe von 20,0 Mio. EUR im Anlagevermögen ausgewiesen.

Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren nahm bedingt durch Käufe von Anteilen am Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 930, der hauptsächlich in renten- und geldmarktorientierten Werten investiert ist und die Übernahme von Anteilen an offenen Immobilienfonds in den Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 1138, die Abschreibungen im Wert überkompensiert haben, zu. Insgesamt nahm der Bestand von 311,1 Mio. EUR auf 316,3 Mio. EUR zu.

Im Wesentlichen bedingt durch Kapitalrückzahlungen reduzierten sich die Buchwerte der Beteiligungen im Berichtsjahr um 2,0 Mio. EUR auf 25,4 Mio. EUR.

Die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen gingen aufgrund von Abschreibungen um 0,4 Mio. EUR auf 0,8 Mio. EUR zurück.

Es wurden Anteile an verbundenen Unternehmen von einer Genossenschaftsbank an zwei Gesellschaften mit Weiterveräußerungsabsicht erworben und mit den Anschaffungskosten in Höhe von 18,2 Mio. EUR ausgewiesen. Diese Anteile werden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet. Abschreibungen auf den beizulegenden Zeitwert sind unterblieben, da Beteiligungsrisiken durch Garantien des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. abgesichert sind.

Durch den Erwerb von Grundstücken und Immobilien von Primärbanken der Genossenschaftlichen FinanzGruppe erhöhte sich der Gesamtbestand der Immobilien des BAG-Konzerns zum Bilanzstichtag auf 223,7 Mio. EUR erneut (Vorjahr: 181,5 Mio. EUR). Die grundsätzlich zum Verkauf vorgesehen Grundstücke und Immobilien werden mit 195,2 Mio. EUR unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen. Der im Sachanlagevermögen ausgewiesene Immobilienbestand beträgt 28,5 Mio. EUR.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden haben sich deutlich von 127,4 Mio. EUR auf 374,0 Mio. EUR erhöht. Die Erhöhung betrifft im Wesentlichen ein vom BVR begebenes Darlehen, mit dem ein Teil der im Berichtsjahr übernommenen Problemkredite finanziert wurden.

Die Rückstellungen werden mit einem Betrag von 45,3 Mio. EUR ausgewiesen (Vorjahr: 36,0 Mio. EUR). Der Anstieg betrifft mit 13,4 Mio. EUR Rückstellungen für Übererlöse, welche an die Garantiegeber auszukehren sind.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 17,4 % (Vorjahr: 44,1 %) der Konzernbilanzsumme zum Abschlussstichtag.

Hinsichtlich der erforderlichen Angaben nach § 160 Abs. 1 Nr. 2 AktG zum Bestand an eigenen Aktien der BAG Bankaktiengesellschaft wird auf den Konzernanhang verwiesen.

Das vom BVR zur Verfügung gestellte Eigenkapital sowie die Refinanzierungen bei der DZ BANK stellen die wesentlichen Säulen der Kapitalstruktur des Mutterunternehmens dar.

Die BAG Bankaktiengesellschaft ist der Sicherungseinrichtung des BVR angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und dem Garantieverbund besteht. Darüber hinaus ist die BAG Bankaktiengesellschaft als europäisches CRR-Institut der BVR Instituts-sicherung GmbH angeschlossen.

2.4.2 Ertragslage

Das Ergebnis des BAG-Konzerns ist weiterhin durch die besondere Aufgabenstellung als Spezialkreditinstitut der Genossenschaftlichen FinanzGruppe für die Beratung, Bewertung, Bearbeitung und Übernahme nicht strategischer Assets geprägt.

Aufgrund gesunkener Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren hat sich im Geschäftsjahr 2025 das Zinsergebnis auf 8,9 Mio. EUR (Vorjahr: 9,1 Mio. EUR) vermindert.

Im Bewertungsergebnis sind Wertberichtigungen in Höhe von 51,2 Mio. EUR für von Primärbanken übernommene Forderungen, Eventualverbindlichkeiten und Spezial-Investmentfonds enthalten, die aufgrund von Deckungserklärungen der BVR-SE ausgeglichen wurden.

Des Weiteren wurden im Berichtsjahr ergebniswirksame Risikovorsorgen für Kundenforderungen, die nicht von der BVR-SE gesichert sind, in Höhe von 14,2 Mio. EUR gebildet, denen Erträge aus der Freisetzung von Einzelwertberichtigungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen in Höhe von 20,3 Mio. EUR gegenüberstehen. Die Erträge aus Verkaufsgewinnen und Zuschreibungen auf die Wertpapiere der Liquiditätsreserve zum Bilanzstichtag belaufen sich auf 0,7 Mio. EUR. Insgesamt konnten saldierte Erträge aus der Forderungs- und Wertpapierbewertung sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft in Höhe von 6,9 Mio. EUR (Vorjahr: 1,4 Mio. EUR) ausgewiesen werden. Im Berichtsjahr sind wie im Vorjahr saldiert nahezu keine ergebniswirksamen Veränderungen der Pauschalwertberichtigungen zu verzeichnen.

Die Abschreibungen auf Beteiligungen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere, die den Finanzanlagen zugeordnet sind, betragen 0,2 Mio. EUR (Vorjahr: 2,3 Mio. EUR).

Der Ergebnisbeitrag des konzerneigenen Immobilienbestandes belief sich im Geschäftsjahr auf 12,5 Mio. EUR (Vorjahr: 1,9 Mio. EUR). Ursache für den höheren Ergebnisbeitrag ist die deutlichen Bestandsausweitung von im Umlaufvermögen gehaltenen Immobilien im zweiten Halbjahr des Vorjahres. Dabei standen den Erträgen aus Mieten, Verkaufsgewinnen und sonstigen Geschäftsvorfällen in Höhe von 24,1 Mio. EUR (Vorjahr: 7,6 Mio. EUR) Aufwendungen aus der Immobilienbewirtschaftung, Abschreibungen, Instandhaltungen und übrige Aufwendungen mit einem Gesamtbetrag von 11,6 Mio. EUR (Vorjahr: 5,7 Mio. EUR) gegenüber.

Die Personalaufwendungen und die anderen Verwaltungsaufwendungen sind im Geschäftsjahr gestiegen. Ursächlich hierfür ist ebenfalls die deutliche Ausweitung des Geschäftsvolumens, welches auch Neueinstellung bedingt hat.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 36,0 Mio. EUR (Vorjahr: 12,6 Mio. EUR) enthalten die Abführung des Jahresergebnisses in Höhe von 14,7 Mio. EUR (Vorjahr: 0,5 Mio. EUR) für die Bedienung des Besserungsscheins zu Gunsten der BVR-SE.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen liegen mit 1,4 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres.

Durch die Zunahme der sonstigen betrieblichen Erträge um 18,9 Mio. EUR, die Steigerung des Zins- und Provisionsergebnisses um 1,1 Mio. EUR, die Verbesserung des Kreditergebnisses um 5,5 Mio. EUR und die Steigerung der laufenden Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen um 5,9 Mio. EUR konnte der Anstieg der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen um 6,4 Mio. EUR sowie die gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 23,5 Mio. EUR kompensiert werden.

Nach Bedienung des Besserungsscheins, der die Abführung eines handelsrechtlichen Gewinns umfasst, ergibt sich für den BAG-Konzern insgesamt ein Konzernjahresüberschuss nach Ergebnis nicht beherrschender Anteile in Höhe von 0,6 Mio. EUR (Vorjahr: Konzernjahresfehlbetrag 4,1 Mio. EUR).

2.4.3 Finanzlage

Zum Bilanzstichtag beliefen sich die Verbindlichkeiten des Mutterunternehmens gegenüber der DZ BANK auf 1.110,1 Mio. EUR; Kündigungen der Refinanzierungslinie seitens der genossenschaftlichen Zentralbank sind nur außerordentlich möglich.

Die bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber Kunden der Bank von 374,0 Mio. EUR (Vorjahr: 127,4 Mio. EUR) entfallen mit 359,1 Mio. EUR auf Bareinlagen und Darlehen des BVR und mit 12,1 Mio. EUR auf Einlagen von assoziierten Unternehmen.

Die Zahlungsfähigkeit der Bank, mit ihrer aufsichtsrechtlichen Institutsgruppe, war im abgelaufenen Geschäftsjahr stets gegeben. Die monatlichen Meldungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) wiesen im Geschäftsjahr 2025 einen Wert von mindestens 414,1 % aus. Zum Bilanzstichtag lag die Stresskennzahl rechnerisch bei unendlich und war im Berichtsjahr stets über dem Mindestwert von 100 %. Die strukturelle Liquiditätsquote NSFR (Net Stable Funding Ratio) lag zum Jahresende bei 104,8 % in der Bank und bei der Institutsgruppe bei 106,5 % und war im Geschäftsjahr 2025 stets über der geforderten Marke von 100 %.

Nennenswerte Liquiditätsbelastungen aus außerbilanziellen Verpflichtungen haben sich nicht ergeben.

Bei Liquiditätsschwankungen kann die Bank auf ausreichende Liquiditätsreserven zurückgreifen. Durch die Verbindung mit der genossenschaftlichen Zentralbank bestehen weitere Steuerungsmöglichkeiten. Vor diesem Hintergrund schätzen wir die Fähigkeit der Bank zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen auch für das kommende Jahr als gesichert ein.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist geordnet.

2.5 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

2.5.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren zur Steuerung der Bank und des aufsichtlichen Steuerungskreises stellen die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen Zins- und Provisionsspanne, Personalaufwandsspanne, Sachaufwandsspanne und Bewertungsergebnisspanne dar.

Im Geschäftsjahr 2025 ergaben sich nachfolgende Abweichungen von den Planwerten für diese Kennzahlen:

Zins- und Provisionsspanne 1):

Plan: 2,5 % Ist: 1,8 %

Personalaufwandsspanne 2):

Plan: 2,1 % Ist: 1,3 %

Sachaufwandsspanne 3):

Plan: 2,9 % Ist: 0,8 %

Kreditbewertungsergebnisspanne 4):

Plan: 0,5 % Ist: 0,5 %

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3 zuzüglich GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6 im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme des Geschäftsjahres.

2) GuV-Posten 10a im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme des Geschäftsjahres.

3) GuV-Posten 10b im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme des Geschäftsjahres.

4) GuV-Posten 14 abzüglich GuV-Posten 13 im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme des Geschäftsjahres.

Die Abweichungen von den Planwerten sind im Wesentlichen in der überproportional gestiegenen durchschnittlichen Bilanzsumme begründet. Die geplante durchschnittliche Bilanzsumme belief sich auf 750,3 Mio. EUR und die tatsächliche durchschnittliche Bilanzsumme des Geschäftsjahres 2025 auf 1.331,1 Mio. EUR.

2.5.2 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden seit dem 1. Januar 2025 nicht mehr zur Steuerung herangezogen.

2.5.3 Vergütungssystem der Mitarbeiter

Die Vergütung der Mitarbeiter des Mutterunternehmens richtet sich grundsätzlich nach dem Manteltarifvertrag und Vergütungstarifvertrag für die Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie für die genossenschaftliche Zentralbank. In Einzelfällen gewährt die BAG-Bank über die tariflichen Zahlungen hinausgehende fixe Zulagen. Diese sind im Wesentlichen abhängig von der Erfahrung und der qualifizierten Aufgabenwahrnehmung des Mitarbeiters und in den jeweiligen Anstellungsverträgen geregelt. Daneben gibt es auch außertariflich entlohnte Mitarbeiter.

Negative Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risikopositionen im Sinne der Institutsvergütungsverordnung gehen von den fixen und variablen Gehaltsbestandteilen sowie den abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen oder Individualvereinbarungen nicht aus. Im Bereich der Kontrolleinheiten setzt das Mutterunternehmen über das Vergütungssystem keine Anreize, die der Überwachungsfunktion dieser Einheiten zuwiderlaufen könnten. Auch in diesen Bereichen erfolgt die Vergütung nach den gleichen Grundsätzen wie die Nicht-Kontrolleinheiten.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Dieser Abschnitt nebst seinen Unterpunkten ist durch aufsichtsrechtliche Formulierungen geprägt, die neben dem Mutterunternehmen sowie dem handelsrechtlichen BAG-Konzern weitere Gruppierungen, wie den aufsichtsrechtlich geprägten konsolidierten Steuerungskreis¹² oder die Institutsgruppe nach KWG berücksichtigen, die nicht mit den beiden oben beschriebenen Bezeichnungen deckungsgleich sind.

3.1 Prognosebericht

Zum Bilanzstichtag 2026 wird in der steuerungsrelevanten Gruppe mit 1.680,5 Mio. EUR eine leicht geringere Bilanzsumme im Wesentlichen durch den Rückgang von Forderungen an Kreditinstitute sowie den Verkauf von Immobilien und Beteiligungen als am 31. Dezember 2025 erwartet. Dabei sollen freie liquide Mittel durch Akquisition von Neugeschäftsvolumen in den Ankauf von Kundenforderungen investiert werden.

Das akquirierte Neugeschäftsvolumen in der Bank wird unverändert von der wirtschaftlich-konjunkturellen Lage in Deutschland und der Entwicklung der Problemkreditvolumina der Genossenschaftsbanken beeinflusst. Für das Geschäftsjahr 2026 werden im Segment BAG-Servicing 310 Neugeschäftsfälle und ein Volumen in Höhe von 155,0 Mio. EUR, im Segment BAG-Forderungsankauf 100 Neugeschäftsfälle und ein Volumen in Höhe von 115,0 Mio. EUR erwartet.

Ausgehend von den Planungen in der steuerungsrelevanten Gruppe und der nach wie vor bestehenden unbefristeten Besserungsscheinverpflichtung gegenüber der Sicherungseinrichtung des BVR wird für das Geschäftsjahr 2026 ein Verlust von 1,8 Mio. EUR erwartet. Die Prognose für das Konzernergebnis liegt unter dem Vorjahresniveau mit 2,3 Mio. EUR Gewinn und beinhaltet erneut eine Rückführung der Besserungsscheinverpflichtung in Millionenhöhe. Das geplante Betriebsergebnis 2026 wird wesentlich von einem positiven Zins- und Provisionsergebnis, welches die laufenden Erträge aus Beteiligungen beinhaltet, in Höhe von 18,9 Mio. EUR sowie positiven Beiträgen aus dem Bewertungsergebnis in Höhe von 3,3 Mio. EUR beeinflusst. Für das Zins- und Provisionsergebnis wird ein Rückgang zwischen 20 % und 25 % gegenüber dem

¹² Zur Definition des aufsichtsrechtlich geprägten konsolidierten Steuerungskreis (auch: steuerungsrelevante Gruppe genannt) siehe unter Punkt 3.2.3

Vorjahr erwartet. Diese Entwicklung basiert auf einem niedrigeren Zinsergebnis, resultierend aus einem höheren Bestand an niedrig verzinsten Kundenforderungen, gestiegenen Refinanzierungsaufwendungen sowie sinkenden Provisionserträgen. Die Erwartung des positiven Bewertungsergebnisses setzt voraus, dass weiterhin eine stringente Bearbeitung der Kreditportfolios unter Einhaltung der kalkulierten Bearbeitungsfristen und -kosten sowie der Realisierung der kalkulierten Cashflows erfolgt.

Negative Abweichungen von der Ergebnisplanung für das Geschäftsjahr 2026 können eintreten, wenn das erwartete Bewertungsergebnis aufgrund der derzeit bestehenden Unsicherheiten am Immobilienmarkt oder einer unerwarteten Zinsentwicklung nicht erreicht wird. Darüber hinaus können Ertragspotenziale durch geringere Neugeschäftsabschlüsse fehlen.

Wesentliche Chancen zur Verbesserung unserer Ertragslage sehen wir in der Bank insbesondere bei einer Erledigung der erworbenen Kreditforderungen unterhalb der kalkulierten Bearbeitungslaufzeiten sowie einer schnelleren Erholung des Immobilienmarktes für den Gesamtkonzern.

Bei einem rückläufigen Zins- und Provisionsergebnis wird, bei einer gleichzeitig deutlich höheren durchschnittlichen Plan-Bilanzsumme, eine geringere Zins- und Provisionsspanne in Höhe von 1,1 % erwartet. Die Personalaufwandsspanne wird trotz steigendem Personalaufwand mit 0,9 % weiterhin unter dem Niveau des Vorjahres liegen. Außerdem wird mit erwarteten höheren Sachaufwendungen von einer höheren Sachaufwandsspanne in Höhe von 2,6 % ausgegangen. Die Entwicklung des Bewertungsergebnisses führt zu einer prognostizierten Spanne in Höhe von 0,2 %. Sämtliche Entwicklungen beruhen auf der gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegenen durchschnittlichen Bilanzsumme aufgrund des Ankaufs von Risikoaktiva.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden zur internen Steuerung nicht herangezogen.

3.2 Chancen-/Risikobericht

3.2.1 Zielsetzung und Grundlagen des Risikomanagements

Ziel des Risikomanagementsystems der BAG Bankaktiengesellschaft ist es, die für das Kreditinstitut als relevant und wesentlich erkannten Risiken zu bewerten, zu begrenzen, zu überwachen, zu berichten und somit die Existenz der Bank langfristig zu sichern. Darüber hinaus wird durch das implementierte Risikomanagement auch die

frühzeitige Erkennung von Chancen ermöglicht, die als positive Planabweichungen verstanden werden. Diese ergeben sich auf Basis der aktuellen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen insbesondere aus der Übernahme risikobehafteter Aktiva.

Der Vorstand der BAG Bankaktiengesellschaft hat Rahmenbedingungen für die risikopolitische Ausrichtung in der Geschäfts- und Risikostrategie festgelegt. In der Rahmenanweisung des Vorstands zum gruppenweiten Risikomanagement werden in Ergänzung zu den Ausführungen in der Geschäfts- und Risikostrategie Regelungen für das gruppenweite Risikomanagement getroffen sowie Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten festgelegt. Die Methoden und Verfahren sowie die grundsätzlichen organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zum Risikomanagementsystem sind im Risikohandbuch dokumentiert. Funktional sind Risikomanagement und Marktbereich bis auf Vorstandsebene getrennt.

Zur Beurteilung und Berichterstattung der Risikosituation ist ein Berichtswesen installiert, das sowohl turnusmäßige Risikoberichte als auch Ad-hoc-Berichte umfasst.

Verantwortlich für die Steuerungs- und Controllingprozesse sowie die Berichterstattung über die Risikosituation ist der Bereich Unternehmenssteuerung, der nicht in das operative Geschäft eingebunden ist.

3.2.2 Deckung der Risikoaktiva durch angemessene Eigenmittel

Ein angemessenes Eigenkapital ist neben einer stets ausreichenden Liquidität die unverzichtbare Grundlage einer soliden Geschäftspolitik. Die Bank verfügte im Geschäftsjahr 2025 stets über die zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen erforderliche Eigenmittelausstattung nach CRR II/CRD V und sofern im Geschäftsjahr 2025 bereits anzuwenden nach den Vorgaben von CRR III/CRD VI.

Die anrechenbaren Eigenmittel der Bank belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 256,3 Mio. EUR (Vorjahr: 252,8 Mio. EUR). Der Gesamtrisikobetrag in Höhe von 993,1 Mio. EUR (Vorjahr: 922,5 Mio. EUR) sind durch anrechenbare Eigenmittel gedeckt.

Für die Institutsgruppe werden anrechenbare Eigenmittel in Höhe von 331,7 Mio. EUR (Vorjahr: 327,9 Mio. EUR) erreicht. Auch hier ist der Gesamtrisikobetrag in Höhe von 1.032,5 Mio. EUR (Vorjahr: 982,9 Mio. EUR) durch anrechenbare Eigenmittel gedeckt.

Um frühzeitig Maßnahmen zur Einhaltung der Eigenkapitalanforderungen einleiten zu können, ist ein Kapitalplanungsprozess installiert, der auch im Rahmen von adversen Betrachtungen möglichen Eigenkapitalbedarf aufzeigt.

Die derzeit vorliegenden Berechnungen lassen erkennen, dass die BAG-Bank mit ihrer aufsichtsrechtlichen Institutsgruppe aufgrund der Übernahme von Risikoaktiva verbunden mit deren Struktur, in zukünftigen Jahren weiteren Kapitalbedarf haben wird. Auf Grundlage dieser Erkenntnisse wurde bereits im Jahr 2025 der Prozess zur einer möglichen Kapitalbereitstellung durch den Eigentümer der BAG initiiert.

3.2.3 Risikotragfähigkeit

Unter Risikotragfähigkeit versteht die BAG Bankaktiengesellschaft die Fähigkeit - auch in der steuerungsrelevanten Gruppe - schlagend werdende Risiken aus eigenen Mitteln auffangen zu können; die Risikotragfähigkeit findet ihren quantitativen Ausdruck in der Risikodeckungsmasse.

Die BAG wendet die vermögensorientierte Risikotragfähigkeitskonzeption (ökonomische Perspektive) zu einem in der Risikosteuerung einheitlichem Konfidenzniveau bei Value at Risk-Modellen von 99,9 % bei einem Risikohorizont von 12 Monaten an. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung werden alle wesentlichen Risiken dem barwertig abgeleiteten Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt. Die barwertige Ableitung des Risikodeckungspotenzials erfolgt anhand der Barwerte von Vermögenspositionen, Verbindlichkeiten und sonstigen Positionen.

Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn die wesentlichen Risiken unter Berücksichtigung von Konzentrationen durch die Risikodeckungsmasse laufend abgedeckt sind. Die Risikodeckungsmasse ist der Anteil am vorhandenen Risikodeckungspotenzial, der tatsächlich zur Deckung von Risiken herangezogen wird. Die Festlegung der Risikodeckungsmasse erfolgt durch den Vorstand und wird auf der Grundlage des ermittelten Risikodeckungspotenzials und unter Berücksichtigung der Risikoneigung des Vorstands vorgenommen.

Die Gegenüberstellung von Risikodeckungsmasse und ermitteltem Risikopotenzial erfolgt separat für die BAG Bankaktiengesellschaft (Einzelinstitutsebene) sowie für die steuerungsrelevante Gruppe (Gruppenebene).

Gegenstand der Risikotragfähigkeitsbetrachtung auf Gruppenebene sind neben dem Einzelinstitut alle direkten und indirekten Beteiligungen der BAG Bankaktiengesellschaft, die dem Steuerungskreis für das Risikomanagement auf Gruppenebene angehören. Hierzu gehören alle Gesellschaften, auf die das Einzelinstitut unmittelbar oder mittelbar gestalterische Einflussmöglichkeiten ausüben kann und die eine Bilanzsumme von über 150 TEUR aufweisen.

Das Risikotragfähigkeitskonzept wird in Einklang mit den aufsichtlichen Vorgaben des von der BaFin veröffentlichten Leitfadens „Aufsichtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte und deren prozessualer Einbindung in die Gesamtbanksteuerung („ICAAP“) – Neuausrichtung“ und den Vorgaben des Rundschreibens „Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)“ aufgestellt und umfasst die ökonomische und normative Perspektive.

Nach derzeitigem Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit angesichts der Vermögens-/Substanzsituation der Bank weiterhin deutlich gegeben. Die weitere Entwicklung wird fortlaufend intensiv beobachtet.

Aufgrund der im Geschäftsjahr 2025 eingegangenen Geschäfte der Bank stiegen im Vorjahresvergleich das Kreditnehmerrisiko um 9,0 Mio. EUR, das Emittentenrisiko um 1,6 Mio. EUR, das Immobilienwertschwankungsrisiko um 9,2 Mio. EUR und das Zinsänderungsrisiko um 12,7 Mio. EUR. Gegenläufig sanken die Risiken für das Liquiditäts-, Beteiligungsrisiko und das Operationelle Risiko in Summe um 4,0 Mio. EUR. Die allokierte Risikodeckungsmasse (Gesamtbanklimit) ist im Vergleich zum Vorjahr um 48,5 % erhöht worden und wird zum 31.Dezember 2025 auf Bankebene zu 58,2 % (Vorjahr: 62,4 %) ausgelastet, es wurden keine Limite überschritten.

Zum Bilanzstichtag war die Risikotragfähigkeit auf Gruppenebene bei einem Risikodeckungspotential in Höhe von 297,4 Mio. EUR (Vorjahr: 336,9 Mio. EUR), einer allokierten Risikodeckungsmasse in Höhe von 177,0 Mio. EUR (Vorjahr: 121,6 Mio. EUR) und einer Auslastung in Höhe von 57,6 % (Vorjahr: 61,4 %) deutlich gegeben.

3.2.4 Risikoarten und ihre Steuerung

Die BAG Bankaktiengesellschaft verschafft sich regelmäßig und anlassbezogen einen Überblick über die für sie relevanten Risiken („Gesamtrisikoprofil“). Im Rahmen einer gruppenweiten Risikoinventur wird diesbezüglich geprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertrags- oder die Liquiditätslage der Bank

oder der Gruppe wesentlich beeinträchtigen können. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2025 waren folgende Risiken als wesentlich im Sinne der MaRisk definiert:

- Adressenausfallrisiken
 - Kreditnehmerisiko (einschl. Migrationsrisiko)
 - Emittentenrisiko (einschl. Migrations- und Spreadrisiken)
- Marktpreisrisiken
 - Zinsänderungsrisiko (einschl. Zinsspannenrisiko, Zinsbasisrisiko, Kursrisiken aus Wertpapieren)
 - Immobilienwertschwankungsrisiko
- Liquiditätsrisiken
 - Refinanzierungskostenrisiko
- Operationelle Risiken
- Beteiligungsrisiko
 - Wertschwankungsrisiko

Nachhaltigkeitsrisiken werden dabei querschnittlich in den jeweiligen Risikoarten berücksichtigt. Risiken aus den Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 930 und UIN-Fonds Nr. 1138 werden seit dem 31. Dezember 2024 nicht mehr als Fondsrisiko, sondern in den originären Risikoarten des Emittenten-, Zinsänderungs- sowie Immobilienwertschwankungsrisiko gemessen.

Auf Basis der Geschäfts- und Risikostrategie sowie der Risikotragfähigkeitsberechnung steht für das Limitsystem zur Risikosteuerung eine begrenzte Risikodeckungsmasse zur Verfügung.

Die festgelegte Risikodeckungsmasse stellt die Obergrenze für die Limitierung der Risiken auf Ebene des Einzelinstituts bzw. auf Gruppenebene dar. Die Risikodeckungsmasse wird auf die einzelnen, im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigten Risikoarten herunter gebrochen. Neben den Limiten hat die BAG Bankaktiengesellschaft Warngrenzen in Form einer Ampelsystematik festgelegt.

Die regelmäßige Überwachung der Risiken (Einhaltung und Auslastung der Limitgrenzen) erfolgt anhand der im Standardszenario ermittelten Risikopotenziale.

Im Geschäftsjahr 2025 bewegten sich alle Risikoarten innerhalb der eingeräumten Limite. Der vorhandene Risikopuffer erschien jederzeit ausreichend bemessen.

Entsprechend dem Geschäftszweck sind die Adressenausfall- und Immobilienwertschwankungsrisiken von zentraler Bedeutung für die Bank.

3.2.4.1 Adressenausfallrisiko

3.2.4.1.1 Kreditnehmerrisiko

Dem Geschäftszweck folgend sind die auf die BAG Bankaktiengesellschaft übertragenen Forderungen im Wesentlichen Problemkredite im Sinne der MaRisk. Darüber hinaus umfasst das Kreditportfolio des Mutterunternehmens auch Kreditengagements, die aufgrund einer Wiedergesundung keine Leistungsstörungen mehr aufweisen. Im Geschäftsjahr 2025 wurden zwei große Portfolios von Primärbanken auf die Bank übertragen, wodurch sich das Gesamtforderungsvolumen gegenüber dem Vorjahr mehr als verfünffacht hat.

Ziel der Steuerung des Adressenausfallrisikos ist daher primär die Vermeidung zusätzlicher Risiken durch eine stringente Bearbeitung der Kreditengagements verbunden mit der Einhaltung der Kalkulationsparameter, der Nutzung zusätzlicher Erlöspotenziale sowie der Ergreifung von Chancen aus sanierungsbegleitenden Maßnahmen.

Es besteht im Zusammenhang mit den Immobilienwertschwankungs- und Beteiligungsrisiken eine Inter-Risikokonzentration. Die Konzentrationen werden sowohl quantitativ als auch qualitativ in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung berücksichtigt.

Die Unterlegung der Adressenausfallrisiken mit anrechenbaren Eigenmitteln gemäß den Vorgaben der CRR II/CRD V erfolgt mittels des Kreditrisiko-Standardansatzes.

Das Kreditportfoliomodell basiert auf einem Monte-Carlo-Simulations- bzw. Value at Risk-Ansatz, welches eine Millionen Simulationen durchführt. Die grundlegende Idee ist eine ausfallbasierte Risikomessung unter Berücksichtigung der Volatilität der Werte der vorhandenen Sicherheiten. Im Gegensatz zu den marktgängigen Modellen, wo entweder reine Ausfälle und/oder Bonitätsmigrationen modelliert werden, erfolgt zusätzlich eine Simulation der möglichen Schwankungen der Sicherheitenwerte. Weiterhin werden ebenfalls Migrationsrisiken in der Ermittlung des Adressenausfallrisikos berücksichtigt.

Das allokierte Risikolimit für die Kreditnehmerrisiken war in der steuerungsrelevanten Gruppe zum Berichtsstichtag in Höhe von 67,7 % (Vorjahr: 61,6 %) ausgelastet.

Risiken können sich aus einem weiteren Rückgang der Immobilienpreise sowie höheren Ausfallraten in Folge der konjunkturellen Lage ergeben. Wesentliche Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit sind bislang nicht festzustellen.

3.2.4.1.2 Emittentenrisiko

Zur Einhaltung der LCR und NSFR auf Bank- und Gruppenebene hat die BAG-Bank einen Bestand an hochliquiden Aktiva in Form von Wertpapieren aufgebaut. Weiterhin wird eine AT1-Anleihe der DZ BANK gehalten. Zur Messung der mit diesen Wertpapieren in Verbindung stehenden Emittentenrisiken setzt die BAG das Kreditportfoliomodell für Eigengeschäfte (KPM-EG) in VR-Control ein. Das KPM-EG setzt zur Ermittlung der Migrations-, Ausfall- und Spreadrisiken von Eigengeschäften eine Monte-Carlo-Simulation ein und ermöglicht hierdurch eine Analyse auf Portfolio- und Geschäftsebene. In Verbindung mit der gezeichneten AT1-Anleihe der DZ BANK wurde eine Ertragskonzentration identifiziert. Des Weiteren bestehen Emittentenrisiken durch die im Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 930 gehaltenen Wertpapiere. Die Risikokennzahlen für das Migrations- und Spreadrisiko dieser Wertpapiere werden durch die Union Investment ermittelt und zur Verfügung gestellt.

Das zum Berichtsstichtag allokierte Risikolimit war in der steuerungsrelevanten Gruppe zu 56,6 % (Vorjahr: 64,9 %) ausgelastet.

3.2.4.2 Marktpreisrisiken

3.2.4.2.1 Zinsänderungsrisiko

Bei dem besonderen Portfolio der Bank kann nur für einen Teil der Kundenforderungen von bekannten und verlässlichen Zahlungsterminen für Zins- und Tilgungsleistungen ausgegangen werden. Die Möglichkeiten der Steuerung des Zinsänderungsrisikos auf Bank- und Gruppenebene umfassen den Bereich der Geldaufnahme und -anlage sowie Derivate.

Die Ermittlung des Zinsänderungsrisikos erfolgt barwertig. Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtung erfolgt die Ermittlung des Zinsänderungsrisikos auf Basis des Marktpreisrisikomodells in VR-Control (Value-at-Risk Modell). Die Simulation erfolgt auf Basis einer historischen Simulation. Weiterhin werden in der barwertigen Beurteilung des Zinsänderungsrisikos ebenfalls die Auswirkungen der aufsichtlichen Ausreißertests ermittelt.

Für die zinssensitiven Bestände in den beiden Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 930 und UIN-Fonds Nr. 1138 werden durch die Union Investment Kennzahlen bereitgestellt.

Die Ergebnisse der Risikomessung werden quartalsweise in ihren Auswirkungen analysiert und dem Vorstand mit Steuerungshinweisen zugeleitet. Zum Berichtsstichtag war das allokierte Risikolimit in der steuerungsrelevanten Gruppe in Höhe von 61,6 % (Vorjahr: 58,2 %) ausgelastet.

Aus dem volatilen Zinsumfeld ergeben sich sowohl Chancen als auch Risiken, wobei die Risiken aus steigenden Zinsen in der Standardperspektive der ökonomischen Betrachtung überwiegen. Hierbei können insbesondere sinkende Barwerte aus Rückflüssen des aktiven Kundengeschäfts sowie aus Wertpapieren des Eigen- und Fondsbestands verzeichnet werden. In der periodischen Betrachtung resultieren aus steigenden Zinsen Risiken, was insbesondere auf variabel verzinsliche Refinanzierungen zurückzuführen ist.

3.2.4.2.2 Immobilienwertschwankungsrisiko

Das Immobilienwertschwankungsrisiko trifft sowohl für die Bewertung der Immobilien im Eigenbestand der Bank und im Bestand der steuerungsrelevanten Gruppe, für die im Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 1138 gebündelten Anteile an offenen Immobilienfonds, als auch für die Behandlung der als Kreditsicherheit dienenden Immobilien zu, wobei die Steuerung und Überwachung der als Kreditsicherheit dienenden Immobilien über das Adressenausfallrisiko erfolgt.

Der BAG-Konzern verfügt über einen im Wesentlichen aus Verwertungsmaßnahmen und im Rahmen ihrer Verbundaufgaben übernommenen Immobilienbesitz sowie durch mittelbar gehaltene Anteile an offenen Immobilienfonds. Die Bilanzierung der im Anlagevermögen gehaltenen Immobilien erfolgt unter Berücksichtigung von planmäßigen und gegebenenfalls außerplanmäßigen Abschreibungen. Die Bilanzierung der im Umlaufvermögen gehaltenen Immobilien erfolgt zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert.

Die Hausverwaltung für den Immobilienbestand erfolgt durch eine externe Hausverwaltungsgesellschaft, wobei die Koordination durch den Bereich „Vorstandsreferat“ sichergestellt wird.

Steuerung und Überwachung der Immobilienwertschwankungsrisiken erfolgen zum einen objektbezogen und zum anderen auf Portfolioebene. Mit den Immobilien im Halteportfolio wird eine nachhaltige Stärkung der Erträge angestrebt. Im Geschäftsjahr 2025 erfolgte im Rahmen der Verbundaufgabe die Übernahme von weiteren Immobilien in den konzerneigenen Bestand. Das Jahr war geprägt durch die Bestandsaufnahmen der neu übernommenen Immobilien, der Aufbereitung komplexerer Fälle sowie erster Vermarktungsanstrengungen gemäß der Immobilienstrategie. Für diese, dem Umlaufvermögen zugeordneten Immobilien, ist ein kontinuierlicher Abverkauf vorgesehen. Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2025 weitere Anteile in den UIN-Fonds Nr. 1138 hineingekauft.

Risiken können sich in Folge eines weiteren Rückgangs der Immobilienpreise ergeben. In Folge des Ankaufs von Immobilien sowie der Ausweitung des Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 1138 ist der Anteil der Vermögenswerte aus der Risikoklasse Immobilien am Risikodeckungspotenzial deutlich gestiegen.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung ist dem Immobilienwertschwankungsrisiko auf Bank- und Gruppenebene ein eigenes Risikolimit zugeordnet. Die Ermittlung der Immobilienwertschwankungsrisiken im Eigenbestand erfolgt mittels eines Immobilienportfoliomodells (Value-at-Risk Modell), welches auf einem Monte-Carlo-Ansatz beruht. Für die Risiken im Fondsbestand erfolgt eine Risiko-Kennzahlenbereitstellung durch die Union Investment.

Die Auslastung des Risikolimits auf Gruppenebene betrug zum Berichtsstichtag 64,0 % (Vorjahr: 64,9 %).

3.2.4.3 Beteiligungsrisiko

Die Handlungen der Tochter- und Enkelgesellschaften der BAG Bankaktiengesellschaft sind darauf ausgerichtet, dem Unternehmenszweck der BAG Bankaktiengesellschaft zu dienen. Darüber hinaus hält die Bank einzelne Verbundbeteiligungen an Unternehmen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Sowohl das Beteiligungsergebnis als auch das Beteiligungsrisiko unterliegen der laufenden Kontrolle und werden in der Gesamtbankplanung und Steuerung integriert betrachtet.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung ist dem Beteiligungsrisiko auf Bank- und Gruppenebene ein eigenes Risikolimit zugeordnet, welches auf Gruppenebene zu 46,2 % (Vorjahr: 65,3 %) ausgelastet war. Die Messung des Beteiligungsrisikos erfolgt mittels eines VaR-basierten Beteiligungsportfoliomodells auf Basis eines Stellvertreter-Ansatzes, bei welchem den Beteiligungen geeignete Indizes zugeordnet werden, um deren Wertschwankungen auf die betrachteten Assets zu übertragen.

Die Strategie des Portfolios Beteiligungen ist innerhalb der Holdingstruktur darauf ausgerichtet, die Ertragspotenziale, die sich in der Regel auf Immobilien oder die angebotenen Dienstleistungen beziehen, zu sichern und zu erschließen. Neben der ständigen Verbesserung der Rentabilität der Gesellschaften ist der forcierte Abbau der Zweckgesellschaften primäres Ziel der Beteiligungsstrategie.

Im Geschäftsjahr 2025 waren sowohl rückläufige Beteiligungswerte als auch leichte Marktwertzuwächse festzustellen. Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr weitere Beteiligungen von Primärbanken übernommen.

3.2.4.4 Liquiditätsrisiko

Die BAG-Bank mit ihrer aufsichtlichen Institutsgruppe definiert ihr Liquiditätsrisiko als Refinanzierungskostenrisiko und Zahlungsunfähigkeitsrisiko.

Das mengenorientierte Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Risiko, dass die BAG Bankaktiengesellschaft als prägendes Konzernunternehmen ihren kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen kann, wird über eine Liquiditätsablaufbilanz mittels der Gegenüberstellung der Mittelzu- und -abflüsse in unterschiedlichen Zeitbändern ermittelt.

Auf Basis der Gesamtbankplanung wird unter Berücksichtigung erwarteter Zu- und Abflüsse eine im Jahresverlauf kontinuierlich überprüfte Liquiditätsplanung erstellt und erforderlichenfalls angepasst.

Die Bank verfügte auch im Geschäftsjahr 2025 jederzeit über ausreichende Liquidität und kann zur Deckung zusätzlichen Liquiditätsbedarfes auf ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe zurückgreifen. Die NSFR wurde zum Bilanzstichtag über eine hohe Interbankeneinlage gesteuert, so dass bei der LCR erstmals zum Bilanzstichtag ein Nenner von 0 bzw. eine Kennziffer von unendlich Prozent entstanden ist (Vorjahr: 625,8 %). Analog ergibt sich für die LCR der Institutsgruppe eine Kennziffer von unendlich Prozent (Vorjahr: 6.291,8 %).

Die NSFR der Bank beträgt zum Bilanzstichtag 104,8 % (Vorjahr: 107,0 %) und die NSFR der Institutsgruppe 106,5 % (Vorjahr: 111,7 %). Die Leverage Ratio liegt zum Bilanzstichtag bei 13,6 % (Vorjahr: 30,1 %), die der Institutsgruppe bei 17,7 % (Vorjahr: 38,1 %).

Der für die Ermittlung des preisorientierten Liquiditätsrisikos relevante Risikospread wird auf Basis der historischen Differenzen zwischen der risikofreien (3-Monats-Swap-Tenor-Kurve) und risikobehafteten Zinskurve inkl. institutsindividuellem Refinanzierungsspread (BAG-Kurve) ermittelt. Auf Basis dieser Differenz wird in einem rollierenden Zehnjahreszeitraum ein Risikospread für jedes Laufzeitband der Zinskurve ermittelt. Die Differenz stellt das Liquiditätsrisiko dar und wird als Risiko limitiert.

3.2.4.5 Operationelle Risiken

Die operationellen Risiken im Sinne des Baseler Ausschusses beinhalten die Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder aufgrund externer Ereignisse eintreten.

Die Unterlegung der operationellen Risiken mit anrechenbaren Eigenmitteln basiert auf den Vorgaben der CRR II/CRD V.

Identifizierung und Beurteilung der operationellen Risiken erfolgen im Rahmen einer jährlich durchzuführenden Risikoinventur. Ziel der Risikoinventur ist es, in den relevanten Geschäftsfeldern der Bank Risikofaktoren zu identifizieren, die vor dem Hintergrund der Geschäftsaktivitäten und der Aufbau- und Ablauforganisation einen finanziellen Schaden auslösen können. Die Risikobeurteilung erfolgt dabei in Form einer qualitativen Selbsteinschätzung (Self-Assessment).

Alle eingetretenen Schadensfälle mit einer Schadenhöhe ab 3 TEUR werden durch den Bereich Unternehmenssteuerung kategorisiert und in eine Schadensfalldatenbank aufgenommen. Der Bereich Unternehmenssteuerung erstellt hieraus vierteljährlich Auswertungen zur Darstellung der Entwicklung der operationellen Schäden und berichtet hierüber im Rahmen der quartalsweisen Risikoberichts.

Die Berichterstattung umfasst die Art der eingetretenen Schäden, deren Ursachen, das Ausmaß der Schäden und Risiken sowie die Überwachung von eingeleiteten Gegenmaßnahmen.

Das im Rahmen der Risikotragfähigkeit allokierte Limit der steuerungsrelevanten Gruppe wurde zum Berichtsstichtag zu 35,7 % (Vorjahr: 64,0 %) ausgelastet.

Chancen zur Reduzierung ergebnisbelastender Schadensfälle ergeben sich durch die konsequente Umsetzung der internen Richtlinien und Weisungen, die strenge Einhaltung von Vertragswerken sowie die stetige Sensibilisierung der Mitarbeiter.

Die Risikomessung in der ökonomischen Perspektive in agree21ORM erfolgt über ein VaR-Verfahren, für welches die im Rahmen des Self Assessments erhobenen und aggregierten Risikoinformationen über eine Monte-Carlo-Simulation ausgewertet werden. Im Ergebnis werden die Sachschadenshöhe für jedes Einzelrisiko, die Gesamtschadenshöhe der jeweiligen Simulationsläufe unter Berücksichtigung der Einzelrisiken und die Verlustverteilung zur Ableitung der Risikowerte ermittelt.

3.2.4.6 Stress-Tests

Die Analysen der für die BAG Bankaktiengesellschaft sowie für die steuerungsrelevante Gruppe relevanten Risiken werden um Stress-Tests ergänzt, mit denen die Auswirkungen von potenziellen extremen Marktbewegungen bzw. Bonitätsveränderungen untersucht werden. Stress-Tests helfen, außergewöhnliche, aber plausible Marktentwicklungen und deren Risiko- und Ergebniswirkungen auf Bank- und Gruppenebene zu messen und zu beurteilen. Neben der Analyse einzelner, risikoartenspezifischer Stress-Szenarien werden sowohl inverse Stress-Tests als auch die Auswirkungen risikoartenübergreifender Stress-Situationen und Risikokonzentrationen betrachtet. Die Ergebnisse der Stress-Tests werden kritisch reflektiert und regelmäßig dem Vorstand berichtet.

Aus der regelmäßigen kritischen Reflektion der Stress-Tests ist der BAG-Konzern in der Lage, frühzeitig mögliche unerwünschte Entwicklungen abschätzen zu können und Chancen zur Risikoreduzierung und -vermeidung wahrzunehmen.

3.2.5 Interne Revision

Die Interne Revision ist die Dritte Verteidigungslinie der BAG. Sie nimmt Überwachungs- und Kontrollaufgaben wahr. Sie prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig die Einhaltung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Vorgaben, die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des Internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse, unabhängig davon, ob diese ausgelagert sind oder nicht. Darüber hinaus überwacht die Interne Revision die Behebung der getroffenen Prüfungsfeststellungen.

Sie berichtet an den Vorstand sowie an den Aufsichtsrat und den Risiko- und Prüfungsausschuss.

Die Interne Revision in der BAG ist dem Vorstandssprecher unterstellt.

Hamm, den 26. März 2026

BAG Bankaktiengesellschaft

Der Vorstand



Kunsleben



Binczick



**Konzernabschluss der
BAG Bankaktiengesellschaft 2025**

**Konzern-Jahresbilanz zum 31. Dezember 2025
der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm**

Aktivseite

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		1.190,89		1
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		0,00		0
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank	0,00 Euro			(0)
c) Guthaben bei Postgiroämtern		0,00	1.190,89	0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00 Euro			(0)
b) Wechsel		0,00	0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		17.560.831,00		34.021
b) andere Forderungen		217.182.707,52	234.743.538,52	30.028
4. Forderungen an Kunden			1.018.042.609,53	91.118
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	125.436.059,59 Euro			(12.271)
Kommunalkredite	591.511,99 Euro			(0)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 Euro			(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 Euro			(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		8.848.788,35		15.375
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	8.848.788,35 Euro			(15.375)
bb) von anderen Emittenten		31.330.600,82	40.179.389,17	30.736
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	10.956.875,00 Euro			(10.736)
c) eigene Schuldverschreibungen		0,00	40.179.389,17	0
Nennbetrag	0,00 Euro			(0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			316.290.414,38	311.080
6a. Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			25.402.595,74	27.384
darunter:				
an Kreditinstituten	223.825,70 Euro			(224)
an Finanzdienstleistungsinstituten	1,00 Euro			(0)
an Wertpapierinstituten	0,00 Euro			(0)
7a. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen			843.061,49	1.207
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 Euro			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 Euro			(0)
an Wertpapierinstituten	0,00 Euro			(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			18.203.158,57	0
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 Euro			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 Euro			(0)
an Wertpapierinstituten	0,00 Euro			(0)
9. Treuhandvermögen			928.481,99	1.161
darunter:				
Treuhandkredite	928.481,99 Euro			(1.161)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		199.206,00		278
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00	199.206,00	0
12. Sachanlagen			29.044.154,22	29.949
13. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital			0,00	0
darunter:				
eingefordert	0,00 Euro			(0)
14. Sonstige Vermögensgegenstände			226.514.958,68	184.140
15. Rechnungsabgrenzungsposten			166.406,85	169
16. Aktive latente Steuern			125.945,13	271
17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			12.386,52	2
18. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			0,00	0
Summe der Aktiva			1.910.697.497,68	756.920

**Konzern-Jahresbilanz zum 31. Dezember 2025
der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm**

Passivseite

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		12.610,19		12
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1.110.071.371,83</u>	1.110.083.982,02	252.378
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	0,00			0
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>0,00</u>	0,00		0
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	10.103.247,31			7.001
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>363.850.791,86</u>	<u>373.954.039,17</u>	373.954.039,17	120.392
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>	0,00	0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 Euro			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00 Euro			(0)
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			928.481,99	1.161
darunter:				
Treuhandkredite	928.481,99 Euro			(1.161)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			25.750.403,34	6.289
6. Rechnungsabgrenzungsposten			484,25	1
6a. Passive latente Steuern			0,00	0
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		5.165.140,00		5.394
b) Steuerrückstellungen		733.359,00		1.808
c) andere Rückstellungen		<u>39.432.712,19</u>	45.331.211,19	28.776
8. (weggefallen)			0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			21.328.480,41	0
10. Genussrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 Euro			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			0,00	0
11a Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung			0,00	0
12. Eigenkapital				
a) Gezeichnetes Kapital	99.110.258,00			99.110
- Nennbetrag eigene Anteile	<u>-1.924,00</u>	99.108.334,00		-2
b) Kapitalrücklage		157.225.552,53		157.226
c) Nicht beherrschende Anteile				
ca) am Kapital	45.000,00			1.038
cb) am Bilanzgewinn / -verlust (-)	<u>6.971,95</u>	51.971,95		-20
d) Gewinnrücklagen				
da) gesetzliche Rücklage	0,00			0
db) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	0,00			0
dc) satzungsmäßige Rücklagen	0,00			0
dd) andere Gewinnrücklagen	<u>0,00</u>	0,00		0
e) Neubewertungsrücklage		0,00		0
f) Konzernbilanzgewinn / -verlust (-)		<u>76.934.556,83</u>	333.320.415,31	76.356
Summe der Passiva			<u>1.910.697.497,68</u>	756.920

1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	0,00			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	165.341.632,54			25.956
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	<u>0,00</u>	165.341.632,54		0
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0,00			0
b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0,00			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	<u>794.482,83</u>	794.482,83		668

**Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm
für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2025**

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	22.842.169,97			8.686
darunter:				
abgesetzte negative Zinsen	0,00 Euro		(0)	
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.591.209,32	24.433.379,29	1.751	
darunter:				
abgesetzte negative Zinsen	0,00 Euro		(0)	
2. Zinsaufwendungen		15.498.161,33	8.935.217,96	-1.325
darunter:				
abgesetzte positive Zinsen	0,00 Euro		(0)	
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		7.245.412,65	340	
b) Beteiligungen		1.705.450,41	2.694	
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00	0	
d) Beteiligungen an assoziierten Unternehmen		0,00	8.950.863,06	0
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		3.191.815,69	1.897	
6. Provisionsaufwendungen		2.347,35	3.189.468,34	-3
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge			38.009.298,70	19.061
darunter:				
Abzinsung Rückstellungen	3.573,04 Euro		(11)	
9. [gestrichen]				
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	14.242.983,75		-11.915	
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.124.142,14	17.367.125,89	-3.535	
darunter:				
für Altersversorgung	547.542,80 Euro		(1.370)	
b) andere Verwaltungsaufwendungen		10.646.560,04	-28.013.685,93	-6.170
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			-1.352.996,49	-1.373
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			-36.036.159,08	-12.573
darunter:				
Aufzinsung Rückstellungen	23.848,85 Euro		(131)	
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00	0	
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		6.895.497,73	6.895.497,73	1.409
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		201.695,04	-2.333	
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00	-201.695,04	0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18. Aufwendungen aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen			-363.703,70	-115
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			12.105,55	-3.504
20. Außerordentliche Erträge		0,00	0	
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00	0	
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-674.455,72	-630	
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		101.878,17	572.577,55	36
25. Erträge aus Verlustübernahme			0,00	0
26. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne			0,00	0
27. Konzernjahresüberschuss / -fehlbetrag (-)			584.683,10	-4.098
28. Ergebnis nicht beherrschende Anteile			-6.971,95	20
29. Konzernjahresüberschuss / -fehlbetrag (-) nach Ergebnis nicht beherrschende Anteile			577.711,15	-4.078
30. Konzerngewinnvortrag / -verlustvortrag (-) aus dem Vorjahr			76.356.845,68	80.435
31. Entnahmen aus der Kapitalrücklage			0,00	0
32. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der gesetzlichen Rücklage		0,00	0	
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		0,00	0	
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen		0,00	0	
d) aus anderen Gewinnrücklagen		0,00	0,00	0
33. Entnahmen aus Genussrechtskapital			0,00	0
34. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die gesetzliche Rücklage		0,00	0	
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		0,00	0	
c) in satzungsmäßige Rücklagen		0,00	0	
d) in andere Gewinnrücklagen		0,00	0,00	0
35. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals			0,00	0
36. Änderung des Konsolidierungskreises & sonstige Veränderungen			0,00	0
37. Konzernbilanzgewinn / -verlust (-)			76.934.556,83	76.357

Konzernanhang der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm

zum 31. Dezember 2025

A Allgemeine Angaben

1. Gesellschaftsrechtlicher Aufbau des BAG Bankaktiengesellschaft-Konzerns

Die BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, eingetragen beim Amtsgericht Hamm unter HRB 1175, war im Geschäftsjahr 2025 an den nachstehenden Gesellschaften unmittelbar zu 100 % beteiligt:

Gesellschaft	Anteil in %
GHG Gesellschaft für Haus- und Grundbesitzvermittlung mbH, Hamm	100
PROMOTA Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamm	100
Filia Domo GmbH, Bad Liebenstein	100
Agrargesellschaft Butzow mbH, Butzow	100

Darüber hinaus hält die BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, direkt Anteile an insgesamt 14 Gesellschaften. Darin enthalten ist auch die BAG Treuhand GmbH, Hamm, enthalten. Sie wurde am 17. November 2025 gegründet und ihr Kapitalanteil beträgt 55 %. Über die GHG, PROMOTA, Filia Domo, Agrargesellschaft Butzow, Union Investment Institutional Property GmbH, Hamburg, und die ZBI GmbH, Erlangen, ist sie indirekt an weiteren 65 Gesellschaften beteiligt.

Veränderungen im Aufbau und in der Zusammensetzung des BAG-Konzerns haben sich im Geschäftsjahr 2025 mit Ausnahme der folgenden Sachverhalte nicht ergeben. Es kamen 12 Gesellschaften hinzu. Zwei Gesellschaften konnten im Geschäftsjahr 2025 liquidiert werden. Darüber hinaus ist man aus einer Gesellschaft ausgeschieden.

2. Ausgliederung

Gemäß dem Ausgliederungs- und Übernahmevertrag vom 6. Juni 2025 hat die Volksbank Dortmund-Nordwest eG, Dortmund, im Rahmen einer Ausgliederung zur Aufnahme gem. § 123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG mit Wirkung zum 1. Januar 2025 Vermögensteile an die BAG Bank übertragen. Als Gegenleistung gewährte das Mutterunternehmen der Volksbank Dortmund-Nordwest eG eine vinkulierte Namensaktie zum Nennwert von 26,00 EUR. Die von der Volksbank Dortmund-Nordwest eG übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden wurden in Ausübung des Wahlrechts nach § 125 Abs. 1 i.V.m. § 24 UmwG mit den Buchwerten aus der Schlussbilanz der übertragenden Rechtsträgerin fortgeführt.

Im Einzelnen wurden folgende Buchwerte der Volksbank Dortmund-Nordwest eG bei der BAG Bank als Anschaffungskosten übernommen:

Aktivseite		
3. Forderungen an Kreditinstitute b) andere Forderungen	2.005	TEUR
4. Forderungen an Kunden	239.438	TEUR
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	546	TEUR
Summe	241.989	TEUR

Passivseite		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten a) täglich fällig b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	46 220.301	TEUR TEUR
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden b) andere Verbindlichkeiten ba) täglich fällig	293	TEUR
5. Sonstige Verbindlichkeiten	1	TEUR
7. Rückstellungen c) andere Rückstellungen	20	TEUR
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	21.328	TEUR
Summe	241.989	TEUR
Unter dem Strich		
1. Eventualverbindlichkeiten b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	9.315	TEUR
2. Andere Verpflichtungen c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	435	TEUR

Unter Berücksichtigung der Ausgliederung wären diese Bilanzposten in der Bilanz. Insofern sind die Beträge der Posten der Bilanz sowie in der Gewinn- und Verlustrechnung des Vorjahres nicht direkt vergleichbar.

Die in der obigen Tabelle dargestellten Veränderungen der Konzern-Bilanz führen in der Kapitalflussrechnung zu keinen liquiditätswirksamen Veränderungen des Finanzmittelfonds und sind in den entsprechenden Positionen eliminiert worden.

3. Konsolidierungskreis

Die BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, hat als Mutterunternehmen nach den Vorschriften des § 340i Abs. 1 HGB i. V. m. den §§ 290 ff. HGB einen Konzernabschluss aufgestellt.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Konsolidierungskreis insgesamt lediglich aufgrund von einem Zugang verändert. Die BAG Treuhand GmbH, Hamm, geht vollkonsolidiert in den BAG-Konzern ein.

Eine Aufstellung aller einbezogenen Unternehmen ergibt sich aus Anlage 1 als Bestandteil des Konzernanhangs.

4. Tochterunternehmen

Das jeweilige Mutter-/Tochterverhältnis beruht auf dem Control-Konzept (§ 290 Abs. 1 HGB), d. h. dass das Mutterunternehmen einen unmittelbar oder mittelbar beherrschenden Einfluss auf das Tochterunternehmen ausüben kann.

Unternehmen, über die das Insolvenzverfahren eröffnet worden ist, werden wegen der damit verbundenen andauernden Beschränkung der Ausübung der Rechte des Mutterunternehmens im Konsolidierungskreis gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB nicht berücksichtigt. Diese Gesellschaftsanteile werden in der Anteilsbesitzliste im dritten Abschnitt gesondert aufgeführt (siehe hierzu unter D.5.). In der Anteilsbesitzliste sind die Gesellschaftsanteile, die aufgrund ihrer geringen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht in die Konsolidierung einbezogen worden sind, besonders gekennzeichnet (§ 296 Abs. 2 HGB).

Die beiden weiteren neuen Gesellschaften Filia Domo GmbH, Bad Liebenstein und Agrargesellschaft Butzow mbH, Butzow, sind über Sanierungsmaßnahmen auf die BAG Bank übertragen worden. Die Kaufpreise sind zudem durch Garantien der Sicherungseinrichtung des BVR abgesichert. Die beiden Gesellschaften nebst ihren gehaltenen Tochterunternehmen werden gem. § 296 Abs. 1 Nr. 3 HGB nicht in den BAG-Konzern einbezogen, da eine Liquidations- oder Weiterveräußerungsabsicht seitens des BAG-Konzerns besteht.

5. Assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen

Die BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, ist über die in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften hinaus an weiteren Gesellschaften mit Beteiligungsquoten von unter 50 % beteiligt. Insgesamt wurden fünf, ebenfalls in der Anlage 1 zum Konzernanhang aufgeführte, Unternehmen nach § 312 HGB als assoziierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. Der Ansatz der Beteiligungen der assoziierten Unternehmen erfolgte hierbei mit dem anteiligen Eigenkapital zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss.

Unternehmen, über die das Insolvenzverfahren eröffnet worden ist, werden wegen der damit verbundenen andauernden Beschränkung der Ausübung der Rechte des Mutterunternehmens im Konsolidierungskreis gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB nicht berücksichtigt. Diese Gesellschaftsanteile werden in der Anteilsbesitzliste im dritten Abschnitt gesondert aufgeführt (siehe hierzu unter D.5.). In der Anteilsbesitzliste sind die Gesellschaftsanteile, die aufgrund ihrer geringen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht in die Konsolidierung einbezogen worden sind, besonders gekennzeichnet (§ 311 Abs. 2 HGB).

Gemeinschaftsunternehmen liegen im Geschäftsjahr nicht vor.

Die übrigen Beteiligungen sind für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung. Insofern werden bei der Erstellung der Aufstellung des Anteilsbesitzes unter Anwendung des § 313 Abs. 3 Satz 4 HGB Angaben zu diesen Gesellschaften grundsätzlich nicht gemacht.

6. Konsolidierungsgrundsätze

Die Konsolidierung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochter- und Enkelgesellschaften wurde unter Beachtung der Vorschriften der §§ 290 ff. HGB vorgenommen. Die Jahresabschlüsse der Tochtergesellschaften werden auf den für das Mutterunternehmen maßgeblichen Bilanzstichtag 31. Dezember 2025 und in gleicher Währung aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgte nach dem Konzept der Neubewertungsmethode für nach dem 31. Dezember 2009 einbezogene Tochterunternehmen. Von dem Beibehaltungswahlrecht zur Konsolidierung von Tochterunternehmen nach der Buchwertmethode vor diesem Stichtag wurde Gebrauch gemacht. Die Verrechnung der Kapitalanteile des jeweiligen Mutterunternehmens mit dem auf diese Anteile entfallenden Betrag des Eigenkapitals des Tochterunternehmens erfolgte hierbei auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile.

Die passivischen Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung wurden zuletzt im Geschäftsjahr 2014 aufgelöst, da keine Verluste künftig zu erwarten waren.

Aktivische Unterschiedsbeträge, die als Geschäfts- oder Firmenwerte in der Konzernbilanz abzubilden sind, wurden zuletzt im Geschäftsjahr 2016 planmäßig abgeschrieben.

Die Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten der im Wege der Vollkonsolidierung einbezogenen Unternehmen wurden einheitlich nach den bei der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angesetzt.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Erträge und Aufwendungen aus dem Innenverhältnis werden gemäß §§ 303, 305 HGB in voller Höhe gegeneinander aufgerechnet. Aus Vorjahren herrührende Aufrechnungsdifferenzen von Forderungen und Verbindlichkeiten wurden in den Gewinnvortrag eingestellt.

Zwischenergebnisse aus konzerninternen Transaktionen werden eliminiert.

Auf Bewertungseffekte aus Konsolidierungsmaßnahmen werden gemäß § 306 HGB in der Konzernbilanz latente Steuern bilanziert.

Für nicht dem Mutterunternehmen gehörende Anteile an konsolidierten Tochterunternehmen (Anteile Dritter) werden in der Konzernbilanz bzw. in der Konzern-GuV die Posten „Nicht beherrschende Anteile“ innerhalb des Eigenkapitals bzw. nach dem Posten „Konzernjahresüberschuss / -fehlbetrag“ der Posten „Ergebnis nicht beherrschende Anteile“ gesondert ausgewiesen.

7. Angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Der Konzernabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Aktiengesetzes (AktG) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) erstellt.

B Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Gliederung des Konzernabschlusses und Bilanzierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss ist unter Beachtung der gesetzlichen Gliederungs- und Bewertungsvorschriften, die Bilanz gemäß Formblatt 1 der RechKredV sowie die Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform (Formblatt 3 der RechKredV) aufgestellt. Die Bilanzierung und Bewertung im Konzern erfolgte grundsätzlich nach den vom Mutterunternehmen angewandten Methoden entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen. Im Konzern ist die einheitliche Bewertung gemäß § 308 Abs. 1 HGB grundsätzlich gewahrt. Abweichungen sind damit zu begründen, dass die Tochterunternehmen keine Bankgeschäfte tätigen.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten der konsolidierten Tochterunternehmen werden als sonstige Vermögensgegenstände bzw. sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen, da es sich nicht um Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus bankgeschäftlicher Geschäftstätigkeit handelt. Die mit diesen Forderungen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang stehenden Zinserträge und -aufwendungen werden als sonstige betriebliche Erträge bzw. sonstige betriebliche Aufwendungen gezeigt. Diese Darstellung ist darin begründet, dass es sich bei diesen Zinserträgen bzw. -aufwendungen nicht um solche aus dem Bankgeschäft handelt.

Da die Tochterunternehmen keine Bankgeschäfte betreiben, werden ihre Verwaltungsaufwendungen in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Das Mutterunternehmen erfasst seine allgemeinen Verwaltungsaufwendungen gemäß § 31 Abs. 2 RechKredV in gleichlautender Position der Gewinn- und Verlustrechnung.

Auswirkungen auf das Gesamtvermögen, die Schulden bzw. auf das Jahresergebnis des Konzerns ergaben sich hieraus nicht; der Einfluss, der sich aus den oben beschriebenen Umgliederungen ergibt, ist für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unbedeutend.

2. Angaben zu den Bewertungsmethoden

Barreserven und Forderungen werden mit dem Nennwert angesetzt.

Erworbene Forderungen an Kunden werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennbetrag der Forderung und dem geringeren Auszahlungsbetrag mit Zinscharakter besteht, wird dieser verteilt, indem eine entsprechende Zuschreibung als nachträgliche Anschaffungskosten auf den Buchwert der Forderungen vorgenommen wird. In der Gewinn- und Verlustrechnung sind diese Beträge als Zinsertrag auszuweisen.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigen Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Allen im Kreditgeschäft anhaftenden Einzelrisiken und das allgemeine latente Kreditrisiko wurden durch eine angemessene Risikovorsorge abgedeckt.

Den latenten Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 Rechnung getragen. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgt über ein Expected-Credit-Loss-Modell, bei dem ein erwarteter Verlust über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne Anrechnung von Bonitätsprämien ermittelt wird. Die Berechnung des erwarteten Verlusts erfolgt auf Basis einer ausfallbasierten Risikomessung unter Berücksichtigung der Volatilität der Werte der vorhandenen Sicherheiten für alle unter den Bilanzpositionen Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesenen Geschäften sowie für unter der Bilanz auszuweisende Eventualverpflichtungen und anderen Verpflichtungen (einschließlich unwiderruflicher Kreditzusagen).

Für Forderungen erfolgt die Risikovorsorge durch Einzelwertberichtigungen. Im Hinblick auf unwiderrufliche Kreditzusagen und Eventualverpflichtungen erfolgt die bilanzielle Erfassung der Risikovorsorge in Form einer Rückstellung.

Für besondere Einzelrisiken und einzelne Portfolien liegen Deckungserklärungen der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V., Berlin, vor.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, bilanzieren wir entsprechend den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften des § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB. Die Bewertung erfolgt damit nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.

Zur Bewertung wurden größtenteils die von den "Wertpapiermitteilungen" (WM Datenservice) zur Verfügung gestellten Jahresschlusskurse, die grundsätzlich auf Börsenkurse basieren, zugrunde gelegt.

Bei den dem Anlagevermögen zugeordneten AT 1-Anleihen der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main (DZ BANK), wird der beizulegende Zeitwert mittels eines Bewertungsmodells (Discounted-Cashflow-Verfahren) ermittelt. Dabei werden die künftigen Zins- und Tilgungszahlungen prognostiziert und mit risiko- und laufzeitadäquaten Zinssätzen auf ihren derzeitigen Barwert abgezinst.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß § 340e Abs. 1 Satz 2 HGB nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet und somit nach dem strengen Niederstwertprinzip bilanziert.

Strukturierte Finanzinstrumente, die aufgrund eines eingebetteten Derivats im Vergleich zum Basisinstrument wesentlich erhöhte oder zusätzliche (andersartige) Risiken oder Chancen aufweisen, wurden in ihre Komponenten zerlegt und einzeln nach den für diese geltenden Vorschriften bilanziert und bewertet.

Beteiligungen sowie Anteile an verbundenen Unternehmen des Anlagevermögens, die nicht konsolidiert worden sind, werden mit den Anschaffungskosten bewertet, bei dauerhafter Wertminderung erfolgt eine Abschreibung auf den beizulegenden Zeitwert. Einzelne Beteiligungen resultieren aus in Vorjahren geschlossenen Tauschgeschäften und

sind nach Tauschgrundsätzen unter Buchwertfortführung sowie nach Tauschgrundsätzen mit Gewinnrealisierung bewertet.

Verbundene Unternehmen ohne Dauerhalteabsicht werden nach den für das Umlaufvermögen maßgeblichen Bewertungsmethoden nach dem strengen Niederstwertprinzip zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Eventuelle Beteiligungsrisiken sind durch Garantien der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. abgedeckt.

Vermögensgegenstände, die im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung gehalten werden, werden unter den Posten Treuhandvermögen zu Anschaffungskosten ausgewiesen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten vermindert um die lineare Abschreibung bewertet, die sich an der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer orientiert.

Das bewegliche Sachanlagevermögen sowie die Einbauten in fremden Gebäuden werden mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet. Die Nutzungsdauer beträgt für die Betriebs- und Geschäftsausstattung 1 bis 20 Jahre; für Einbauten in fremden Gebäuden 10 Jahre. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Netto-Einzelwert von 250 EUR werden als andere Verwaltungsaufwendungen erfasst. Im Berichtsjahr zugegangene Anlagegüter mit einem Netto-Einzelwert von mehr als 250 EUR bis zu 800 EUR werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Die Grundstücke und Gebäude werden zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige (bei Gebäuden des Anlagevermögens) und außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt. Sofern die Gründe für einen niedrigeren Wertansatz nicht mehr bestehen, werden entsprechend § 253 Abs. 5 HGB Zuschreibungen vorgenommen. Bei den aus dem Umlaufvermögen umgewidmeten Immobilien (ehemals Rettungserwerbe) des Sachanlagevermögens wird die planmäßige Abschreibung entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Die planmäßige Abschreibung wird bei diesen Immobilien ab dem Monat der Umwidmung vorgenommen. Die Umwidmung dieser Immobilien erfolgt spätestens fünf Jahre nach Zugang des Rettungserwerbs.

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten angesetzt und nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Unter dem Bilanzposten sonstige Vermögensgegenstände werden die Grundstücke und Gebäude (Erwerbe von Drittinstituten) ausgewiesen, die sich nicht länger als fünf Jahre im Bestand des BAG-Konzerns befinden. Die Bilanzierung dieser Immobilien erfolgt zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert.

Die Darstellung der Entwicklung des Anlagevermögens erfolgt gemäß § 284 Abs. 3 HGB i. V. m. § 34 Abs. 3 RechKredV nach der Brutto-Methode (vgl. Anlagespiegel unter C).

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden in Höhe des Nominalbetrages der Ausgaben gebildet, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Latente Steuern werden für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen und Schulden ermittelt. Dabei werden beim Mutterunternehmen nicht nur die Unterschiede aus den eigenen Bilanzpositionen einbezogen, sondern auch solche, die bei Organgesellschaften bestehen. Eine Berücksichtigung von steuerlichen Verlustvorträgen erfolgt nicht, da innerhalb der nächsten fünf Jahre keine Verlustverrechnung zu erwarten ist. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt beim Mutterunternehmen auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organkreises von aktuell 32,10 %. Der Ertragsteuersatz des BAG-Konzerns beläuft sich auf aktuell 32,09 %. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt werden. Im Falle einer Steuerentlastung würde vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB kein Gebrauch gemacht werden. Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine – nicht bilanzierte – aktive latente Steuer. Die sich für die den HGB-Konzern ergebende Steuerentlastung resultiert im Wesentlichen aus Bewertungsunterschieden bei den Beteiligungen, Wertpapieren und Kundenforderungen sowie den unterschiedlichen Wertansätzen der Pensionsrückstellungen. Latenzen aus Konsolidierungsmaßnahmen gemäß § 306 HGB haben sich ergeben und werden als aktive latente Steuern ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

Schulden, die im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung gehalten werden, werden unter den Posten Treuhandverbindlichkeiten zu Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden in Höhe des Nominalbetrages der Einnahmen gebildet, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Die Rückstellungen werden nach § 253 HGB bewertet, wonach sie gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages insbesondere unter Berücksichtigung von Kostensteigerungen und Gehaltstrends anzusetzen und grundsätzlich nach § 253 Abs. 2 HGB mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz abzuzinsen sind. Allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten wurde Rechnung getragen.

Bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen wird die international anerkannte Projected Unit Credit Method als Bewertungsmethode herangezogen. Bei der Bewertung nach der Projected Unit Credit Method wird unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze ein Rechnungszinssatz von 2,05 %, eine Dynamik der anrechenbaren Bezüge von 2,00 % in einem Tochterunternehmen und der laufenden Renten von 2,00 % sowie Fluktuationswahrscheinlichkeiten berücksichtigt. Als Rechnungszins wird der durchschnittliche Marktzinssatz der letzten 10 Jahre verwendet (Bundesbankzins), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Die Pensionsrückstellungen werden auf der Grundlage der Richttafeln Heubeck 2018 G ermittelt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren (2,05 %) und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren (2,21 %) ist negativ und beträgt - 84 TEUR.

Der Rückstellungstest zur Berechnung der Drohverlustrückstellung aus der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) beim Mutterunternehmen gemäß IDW RS BFA 3 n.F. erfolgt nach der barwertigen Methode. Hierbei werden auch Nebenleistungen und konkrete wirtschaftliche Vorteile, die mit den Geschäften einhergehen berücksichtigt. Die vom BVR erklärten Deckungszusagen und Garantien finden hierdurch Einzug in den Rückstellungstest gemäß IDW RS BFA 3 n.F. Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n.F. verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebende positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuchs und um den Risikokosten- und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert. Für einen eventuell verbleibenden Verlustüberhang wäre eine Drohverlustrückstellung zu bilden. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2025 war keine Rückstellung zu bilden.

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen mit den Valuten am Bilanzstichtag ausgewiesen.

Zahlungen von Mitteln der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR-SE) resultieren aus der Abrechnung erhaltener Deckungserklärungen für besondere Einzelrisiken. Diese erhaltenen Zahlungen werden den betroffenen Bilanzposten und Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung zugeordnet.

C Angaben zur Konzernbilanz und zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

1. Entwicklung des Anlagevermögens

Die Entwicklung der wie Anlagevermögen bewerteten Vermögensgegenstände im Geschäftsjahr 2025 stellt sich folgendermaßen dar:
(Gliederung nach § 284 Abs. 3 HGB; § 34 Abs. 3 RechKredV)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten										Abschreibungen										Buchwerte	
	Stand am 01.01.2025	Zugänge	Veränderungen im Konsolidierungs- kreis	Abgänge	Umbuchungen & Umwidmungen aus dem (+) bzw. in das (-) Umlaufvermögen	Stand am 31.12.2025	Zugänge (Abschreibungen in des laufenden Jahres)	Zuschreibungen (auf Abschreibungen vorangegangene r Jahre)	Veränderungen im Konsolidierungs- kreis	Weitere Änderungen durch Zugänge	Weitere Änderungen durch Abgänge	Weitere Änderungen durch Umbuchungen & Umwidmungen aus dem (+) bzw. in das (-) (gesamt)	Stand am 31.12.2025	Stand Geschäftsjahr	Stand Vorjahr							
	(kumuliert)	(Geschäftsjahr)	(gesamt)	(Geschäftsjahr)	(gesamt)	(kumuliert)	(Geschäftsjahr)	(Geschäftsjahr)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(kumuliert)	(saldiert)	(saldiert)							
	Vortrag (+)	+	+/-	-	+/-	Endbestand (+)	+	-	+/-	+	-	+/-	Endbestand (+)	Bilanzansatz	Bilanzansatz							
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR						
1. Immaterielle Anlagewerte																						
	a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0							
	b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.679	6	0	-114	0	2.571	85	0	0	-114	0	2.372	199	278							
	c) Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0							
	d) geleistete Anzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0							
	Summe Immaterielle Anlagewerte	2.679	6	0	-114	0	2.571	85	0	0	-114	0	2.372	199	278							
2. Sachanlagen																						
	a) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	66.461	0	0	-104	788	67.145	1.049	0	0	-14	0	38.661	28.484	28.835							
	b) technische Anlagen und Maschinen	229	0	0	-211	0	18	4	0	0	-210	0	14	4	9							
	c) andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.352	259	0	-99	0	1.512	215	0	0	-95	0	956	556	516							
	d) geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	530	198	0	0	-768	0	0	0	0	0	0	0	0	590							
	Summe Sachanlagen	68.632	457	0	-414	0	68.675	1.268	0	0	-319	0	39.631	29.044	29.950							
3. Finanzanlagen																						
	a) Anteile an verbundenen Unternehmen	52	0	0	0	0	52	0	0	0	0	0	52	0	0							
	b) Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	15.895	0	0	0	0	15.895	364	0	0	0	0	15.052	843	1.207							
	c) Beteiligungen	36.946	51	0	-1.827	0	35.170	205	0	0	0	0	9.767	25.403	27.384							
	d) Wertpapiere des Anlagevermögens	22.427	0	546	-2.599	0	20.374	1.407	0	0	-1.407	0	20.374	20.374	21.020							
	e) sonstige Ausleihungen	1.382	48	0	0	0	1.430	1.142	0	0	0	0	1.142	288	240							
Summe Finanzanlagen	76.702	99	546	-4.426	0	72.921	569	0	0	-1.407	0	26.013	46.908	49.851								
Gesamtsumme	148.013	562	546	-4.954	0	144.167	1.922	0	0	-1.840	0	68.016	76.151	80.079								

2. Anlagevermögen, Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten

2.1 Forderungen an Kreditinstitute

In den Forderungen an Kreditinstitute sind Forderungen in Höhe von 218.035 TEUR an der DZ BANK enthalten. Die davon zur Erfüllung der Mindestreserveverpflichtung indirekt gehaltenen Mittel betragen 663 TEUR.

Mit der DZ BANK besteht ein Beteiligungsverhältnis.

Die im Aktivposten Nr. 3 Buchstabe b ausgewiesene andere Forderungen an Kreditinstituten stellen sich wie folgt dar:

	TEUR
bis drei Monate	215.000
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.000
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	0
mehr als fünf Jahre	0
Zinsabgrenzung	183
Summe	217.183

Für Vermögensgegenstände in Höhe von 2.066 TEUR besteht eine Nachrangklausel. Diese Forderungen wurden im Zusammenhang mit Übernahme von Vermögen von der Volksbank Dortmund-Nordwest im Rahmen der Ausgliederung erworben .

2.2 Forderungen an Kunden

Die Restlaufzeiten der in der Bilanz im Aktivposten Nr. 4 ausgewiesenen Forderungen an Kunden stellen sich wie folgt dar:

	TEUR
bis drei Monate	122.228
mehr als drei Monate bis ein Jahr	83.289
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	630.982
mehr als fünf Jahre	181.211
Zinsabgrenzung	333
Summe	1.018.043

In den Forderungen an Kunden sind keine nachrangigen Forderungen (Vorjahr: 3.731 TEUR) enthalten.

Die ausschließlich unverbrieften Forderungen enthalten solche gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 3.918 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) und an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von 13.223 TEUR (Vorjahr: 6.829 TEUR).

Der Unterschiedsbetrag mit Zinscharakter zwischen dem Nennbetrag der Forderungen und dem geringeren Auszahlungsbetrag beträgt TEUR 9.845.

Die Pauschalwertberichtigung des Mutterunternehmens verminderte sich von 155 TEUR um 77 TEUR auf 78 TEUR.

2.3 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen

	börsen- fähig	börsen- notiert	nicht bör- sennotiert	nicht nach dem Nie- derstwertprinzip bewertete börsenfähige Wert- papiere
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	40.180	19.806	20.374	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0
Beteiligungen	0	0	0	0

Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere sind mit einem Betrag von 4.934 TEUR innerhalb des Jahres 2026 fällig.

Bei den wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren handelt es sich im Wesentlichen um AT1-Anleihen der DZ BANK mit einem Buchwert von 20.000 TEUR. Der beizulegende Zeitwert dieser nachrangigen Wertpapiere beläuft sich auf 20.501 TEUR. Mit der DZ BANK besteht ein Beteiligungsverhältnis.

Im Posten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden folgende Anteile an Sondervermögen im Sinn des § 1 Abs. 10 KAGB von mehr als 10 Prozent ausgewiesen:

Bezeichnung des Fonds	Wert nach §§ 168, 278 KAGB, § 36 InvG a.F. oder vergleichbarer ausländischer Vorschriften	Differenz zum Buchwert	Erfolgte Ausschüttung für das Geschäftsjahr
	TEUR	TEUR	TEUR
UIN-Fonds Nr. 930	77.717	3.991	1.001
UIN-Fonds Nr. 1138	254.532	0	6.245

Der UIN-Fonds Nr. 930 ist ein Spezialfonds, der in renten- und geldmarktorientierten Werten investiert. Anlageziel des Sondervermögens ist, eine angemessene Rendite und marktgerechte Erträge zu erzielen. Gleichzeitig liegt der Anlagestrategie ein Wertsicherungskonzept zugrunde. Beschränkungen in der täglichen Rückgabemöglichkeit bestehen grundsätzlich nicht.

Der UIN-Fonds Nr. 1138 ist ein Spezialfonds, der in offene Fremdzielimmobilienfonds investiert. Es bestehen Beschränkungen in der täglichen Rückgabemöglichkeit, da sich aus den offenen Fremdzielimmobilienfonds im Sondervermögen nicht ohne Weiteres Liquidität generieren lässt. Mittelfristig ist ein Verkauf der Fremdzielimmobilienfonds vorgesehen. Für den UIN-Fonds Nr. 1138 besteht eine Deckungserklärung der BVR-SE in Form einer Barunterlegung in Höhe von insgesamt 109.134 TEUR, wovon ein Betrag in Höhe von 64.056 TEUR erforderliche Wertberichtigungen und ein Betrag in Höhe von 45.078 TEUR Unterdeckungen für Refinanzierungs- und Bearbeitungsaufwand abdeckt.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthalten Forderungen von Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von 20.373 TEUR (Vorjahr: 20.000 TEUR).

2.4 Finanzanlagen und Anteile an verbundenen Unternehmen (im Umlaufvermögen)

Die Beteiligungen werden mit 25.403 TEUR (Vorjahr: 27.384 TEUR) ausgewiesen. Hierunter befinden sich Beteiligungen an Kreditinstituten in Höhe von 224 TEUR (Vorjahr: 224 TEUR).

Unter Beteiligungen an assoziierten Unternehmen wird der Buchwert für die in den Konzernabschluss einbezogenen Minderheitsbeteiligungen in Höhe von 843 TEUR (Vorjahr: 1.207 TEUR) ausgewiesen.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von 18.203 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) zeigen die nicht konsolidierten Tochterunternehmen, die dem Umlaufvermögen zugeordnet werden.

2.5 Treuhandvermögen

Der Ausweis beinhaltet Treuhandkredite des Mutterunternehmens in Höhe von 928 TEUR (Vorjahr: 1.162 TEUR), bei denen es sich um Forderungen an Kunden handelt.

2.6 Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Unter den immateriellen Anlagewerten werden ausschließlich entgeltlich erworbene Software und Lizenzen in Höhe von 199 TEUR (Vorjahr: 278 TEUR) ausgewiesen.

Die Sachanlagen beinhalten einen Bestand von Immobilien des Mutterunternehmens und weiterer Konzernunternehmen in Höhe von 28.484 TEUR (Vorjahr: 28.835 TEUR). Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine Objekte aus dem Umlaufvermögen (ehemalige Rettungserwerbe) umgewidmet. Des Weiteren beinhalten die Sachanlagen Technische Anlagen und Maschinen in Höhe von 4 TEUR (Vorjahr: 9 TEUR), Betriebs- und Geschäftsausstattung und Mietereinbauten in Höhe von 556 TEUR (Vorjahr: 516 TEUR). Die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau wurden in Höhe von in Höhe von 788 TEUR in die Immobilien umgebucht (Vorjahr: 590 TEUR). Die im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Betriebs- und Geschäftsausstattung des Mutterunternehmens beläuft sich auf 439 TEUR (Vorjahr: 432 TEUR). Eigengenutzte Grundstücke und Bauten des Mutterunternehmens sind wie im Vorjahr nicht vorhanden.

2.7 Sonstige Vermögensgegenstände

In dieser Position sind als wesentliche Einzelbeträge die mit Weiterveräußerungsabsicht erworbenen Grundstücke und Immobilien in Höhe von 195.187 TEUR (Vorjahr: 152.697 TEUR) enthalten. Zudem werden Forderungen der einbezogenen Konzernunternehmen gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Diese betreffen insbesondere Forderungen an die DZ BANK in Höhe von 1.924 TEUR (Vorjahr: 21.011 TEUR). Hiervon unterlagen im Vorjahr 554 TEUR einer eingeschränkten Verfügbarkeit, die im Wesentlichen noch nicht an Fondsanleger ausgezahlte Ausschüttungen beinhalteten. Des Weiteren beinhalten die sonstigen Vermögensgegenstände nachrangige Gründungsstockdarlehen in Höhe von 289 TEUR (Vorjahr: 241 TEUR) sowie Forderungen an den BVR, d.h. gegenüber dem Gesellschafter von 12.313 TEUR (Vorjahr: 671 TEUR), welche täglich fällig sind.

2.8 Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten betrifft in voller Höhe im Voraus bezahlte Rechnungen.

2.9 Fremdwährungsposten

In den Vermögensgegenständen sind wie im Vorjahr keine Fremdwährungen enthalten.

3. Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten

3.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Verbindlichkeiten gegenüber der DZ BANK in Höhe von 1.110.071 TEUR (Vorjahr: 252.378 TEUR) enthalten, die als Zentralbank fungiert.

Mit der DZ BANK AG besteht ein Beteiligungsverhältnis.

Die Restlaufzeiten der im Passivposten Nr. 1 Buchstabe b ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist stellen sich wie folgt dar:

	TEUR
bis drei Monate	20.551
mehr als drei Monate bis ein Jahr	16.072
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	876.091
mehr als fünf Jahre	196.987
Zinsabgrenzung	370
Summe	1.110.071

3.2 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Restlaufzeiten der im Passivposten Nr. 2 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb ausgewiesenen anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist stellen sich wie folgt dar:

	TEUR
bis drei Monate	170
mehr als drei Monate bis ein Jahr	0
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	254.547
mehr als fünf Jahre	109.134
Zinsabgrenzung	0
Summe	363.851

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind nicht durch die Übertragung von Vermögensgegenständen besichert.

Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 109.134 betreffen Sichteinlagen des BVR, mit denen die Deckungserklärung des BVR für den UIN-Fonds Nr. 1138 bar unterlegt ist.

Die ausschließlich unverbrieften Verbindlichkeiten gegenüber Kunden enthalten wie im Vorjahr keine gegenüber verbundenen Unternehmen und gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von 12.117 TEUR (Vorjahr: 6.503 TEUR).

3.3 Treuhandverbindlichkeiten

Sämtliche Treuhandverbindlichkeiten stellen Treuhandkredite des Mutterunternehmens in Höhe von 928 TEUR (Vorjahr: 1.162 TEUR) dar, bei denen es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten handelt.

3.4 Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind innerhalb des nächsten halben Jahres fällig und enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Besserungsscheinverpflichtungen der Konzernmutter zugunsten der Sicherungseinrichtung des BVR in Höhe von 14.685 TEUR (Vorjahr: 550 TEUR). Darüber hinaus werden Verbindlichkeiten aus abgerechneten Deckungserklärungen zugunsten der Sicherungseinrichtung des BVR in Höhe von 5.964 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) ausgewiesen.

3.5 Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhalten Anwartschaften und laufende Rentenzahlungen.

Für eine der Pensionsverpflichtungen existiert ein Rückdeckungsversicherungsvertrag, welcher an den Pensionär verpfändet ist. Die Anschaffungskosten betrugen 290 TEUR. Entsprechend wird die Verpflichtung in Höhe von 311 TEUR (Vorjahr: 330 TEUR) und der von der Versicherung mitgeteilte Aktivwert der Rückdeckungsversicherung in Höhe

von 323 TEUR (Vorjahr: 332 TEUR) nach § 246 Abs. 2 HGB saldiert ausgewiesen. Der Zinsaufwand aus der Aufzinsung der Rückstellung in Höhe von 6 TEUR (Vorjahr: 6 TEUR), die Herabsetzung der Rückdeckungsversicherung in Höhe von 8 TEUR (Vorjahr: 9 TEUR) sowie die Erträge aus Zahlungen der Rückdeckungsversicherung werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen saldiert ausgewiesen. Gemäß § 268 Abs. 8 Satz 3 HGB wird eine Ausschüttungssperre in Höhe von 33 TEUR berücksichtigt.

Der Aktivwert der Rückdeckungsversicherung übersteigt erstmals wieder seit 2022 die Verpflichtungen, so dass der Ausweis als „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ auf der Aktivseite der Bilanz erfolgt.

Die Rückstellungen für Pensionen, die sich nach Maßgabe eines durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren zum Bilanzstichtag ergeben würden, belaufen sich auf 5.069 TEUR. Nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Jahre ergibt sich ein aktuell bilanzierter Ansatz in Höhe von 5.153 TEUR. Der negative Unterschiedsbetrag in Höhe von 84 TEUR ist gemäß § 253 Abs. 6 HGB nicht ausschüttungsgesperrt.

Die Steuerrückstellungen betreffen die Körperschaftsteuer nebst Solidaritätszuschlag für die Geschäftsjahre 2021, 2023 und 2025 in Höhe von 255 TEUR sowie die Gewerbesteuer für die Jahre 2021, 2023 bis 2025 in Höhe von 478 TEUR.

In den anderen Rückstellungen sind im Wesentlichen Rückstellungen für Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen in Höhe von 19.440 TEUR (Vorjahr: 22.249 TEUR) und Rückstellungen zugunsten des BVR aus ausstehenden Abrechnungen mit 13.398 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) enthalten.

3.6 Nachrangige Verbindlichkeiten

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten (P 9) in Höhe von 649 TEUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgen zu folgenden Bedingungen:

EUR	Zinssatz in %	Fälligkeit
5.000.000,00	3,00	März 2027
4.000.000,00	2,26	Dezember 2027

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Verbindlichkeiten sind im Falle des Insolvenzverfahrens oder der Liquidation der Bank erst nach der Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich.

Für die weiteren nachrangigen Verbindlichkeiten gelten die folgenden Bedingungen: Die mit den Gläubigern der nachrangigen Verbindlichkeiten getroffenen Nachrangabreden erfüllen die Voraussetzungen für die Anerkennung als Eigenmittel gemäß Art. 63 CRR. Die Restlaufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten liegt zwischen weniger als einem und weniger als acht Jahren. Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind mit Zinssätzen von 1,90 % bis 6,50 % ausgestattet.

3.7 Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Vom Ausweis der Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen entfallen 100 TEUR (Vorjahr: 100 TEUR) auf verbundene Unternehmen. Gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, bestehen wie im Vorjahr keine Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen.

Sämtliche Eventualverbindlichkeiten sind nicht durch die Übertragung von Vermögensgegenständen besichert.

Die anderen Verpflichtungen betreffen in voller Höhe die unwiderruflichen Kreditzusagen. Gegenüber verbundenen Unternehmen und gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, bestehen wie im Vorjahr keine unwiderruflichen Kreditzusagen.

Das Risiko und die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme für gemäß der §§ 26 und 27 RechKredV unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen schätzen wir unter Beachtung der Entwicklungen der Vorjahre und der in den Rückstellungen berücksichtigten Risikovorsorgen sowie der bestehenden Deckungserklärungen der BVR-SE als nicht wesentlich ein.

3.8 Fremdwährungsposten

In den Verbindlichkeiten sowie den Eventualverbindlichkeiten sind wie im Vorjahr keine Fremdwährungen enthalten.

3.9 Termingeschäfte

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Termingeschäfte.

4. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

4.1 Zinserträge

Aus der Zuschreibung nachträglicher Anschaffungskosten aus dem Unterschiedsbetrag mit Zinscharakter zwischen dem Nennbetrag der Forderungen und dem geringeren Auszahlungsbetrag wurden im Berichtsjahr Zinserträge von 3.580 TEUR (Vorjahr: 1.414 TEUR) erzielt.

Die Zinserträge enthalten insgesamt Erträge aus abgerechneten Deckungserklärungen der BVR-SE in Höhe von 4.790 TEUR (Vorjahr: 545 TEUR).

4.2 Zinsaufwendungen

Die Zinsaufwendungen sind aufgrund von Erstattungen von Zinsen und ähnlichen Aufwendungen durch die BVR-SE im Zusammenhang mit abgerechneten Deckungserklärungen um 426 TEUR (Vorjahr: 2.518 TEUR) gemindert.

4.3 Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Die laufenden Erträge in Höhe von 8.951 TEUR (Vorjahr: 3.034 TEUR) beinhalten Erträge aus Aktien und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 7.245 TEUR (Vorjahr: 340 TEUR) sowie Beteiligungserträge in Höhe von 1.706 TEUR (Vorjahr: 2.694 TEUR). Es ergaben sich wie im Vorjahr keine Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen.

4.4 Aufwendungen/Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Die Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen belaufen sich wie im Vorjahr auf 0 TEUR.

Die Aufwendungen des laufenden Jahres betragen 364 TEUR und bestehen vollständig aus Abschreibungen.

Die Summe der mit Erinnerungswerten angesetzten negativen Equity-Werte beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 10.655 TEUR.

4.5 Sonstige betriebliche Erträge

Hier sind im Wesentlichen Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung von im Eigentum des BAG-Konzerns befindliche Immobilien in Höhe von 22.425 TEUR (Vorjahr: 7.449 TEUR) ausgewiesen. Aus dem Abgang von Immobilien des Umlaufvermögens sind Gewinne in Höhe von TEUR 1.561 erzielt worden (Vorjahr: 0 TEUR) und Erträge aus Zuschreibungen waren wiederholt nicht zu verzeichnen. Darüber hinaus enthalten die sonstigen betrieblichen Erträge Erlöse aus Gutachtenerstellungen in Höhe von 4.371 TEUR (Vorjahr: 4.261 TEUR), Immobiliendienstleistungen in Höhe von 2.173 TEUR (Vorjahr: 3.513 TEUR) und Inkassotätigkeiten in Höhe von 3.695 TEUR (Vorjahr: 2.721 TEUR).

4.6 Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Abschreibungen auf immaterielle Wirtschaftsgüter und Sachanlagen betragen 1.353 TEUR (Vorjahr: 1.373 TEUR). Diese entfallen wie im Vorjahr vollständig auf planmäßige Abschreibungen.

4.7 Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind unter anderem Sachaufwendungen für konzerneigene Immobilien in Höhe von 9.802 TEUR (Vorjahr: 4.658 TEUR) enthalten. Im Berichtsjahr sind 193 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 4 Satz 1 HGB erforderlich.

Darüber hinaus beinhalten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 14.685 TEUR (Vorjahr: 550 TEUR) die Leistung auf die Besserungsscheinverpflichtungen sowie mit 5.652 TEUR Aufwandskomponenten aus Abrechnungen übernommener Problemaktiva zugunsten der BVR-SE.

4.8 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

In dem mit den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft verrechneten Posten Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft sind Erträge aus der Abrechnung von Deckungserklärungen der BVR-SE in Höhe von 51.173 TEUR (Vorjahr: 145.081 TEUR) enthalten. Gleichzeitig wurden für angekaufte Forderungen und Avale Risikovorsorgen in Höhe von 38.860 TEUR (Vorjahr: 144.410 TEUR) gebildet und Wertberichtigungen für den Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 1138 in Höhe von 12.313 TEUR (Vorjahr: 671 TEUR) vorgenommen.

D Sonstige Erläuterungen

1. Organe und Aufwendungen für Organe der Konzern-Muttergesellschaft und Angaben zu nahestehenden Personen

1.1 Mitglieder des Vorstandes

René Kunsleben, Dipl.-Betriebswirt (FH), Vorstand Markt
- Sprecher des Vorstandes -

Mark Binczick, Dipl.-Kfm., Vorstand Marktfolge

1.2 Mitglieder des Aufsichtsrates (Vor- und Zuname)

Daniel Quinten, Dipl.-Vw., Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.
- Vorsitzender -

Michael Speth, Dipl.-Kfm., Mitglied des Vorstandes der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank
- Stellvertretender Vorsitzender –

Daniela Bücker, Dipl.-Wirtsch.-Inf., Mitglied des Vorstandes der Atruvia AG

Carsten Eisele, WP, Mitglied des Vorstandes des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes e.V.

Kerstin Lauber, Bankdirektorin, Mitglied des Vorstandes der Volksbank Wittgenstein eG

Dr. Alexander Leißl, Dipl.-Kfm., WP, Mitglied des Vorstandes des Genossenschaftsverbandes Bayern e.V.

Dr. Martin Polle, Dipl.-Betriebswirt (FH), Mitglied des Vorstandes der Volksbank Dresden-Bautzen

Carsten Schmedt auf der Günne, Dipl.-Kfm., WP/StB, Bereichsleiter Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.

Norbert Hesping, Rechtsanwalt, Arbeitnehmervertreter

André Lojack, Rechtsanwalt, Arbeitnehmervertreter

Dirk Ludwig, Rechtsanwalt, Arbeitnehmervertreter

Merle Rogge, Bankbetriebswirtin, Arbeitnehmervertreterin

1.3 Sonstige Angaben zu den Organen

Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes wird gem. § 314 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Die Bezüge für ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene betrugen 230 TEUR. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen sind 3.279 TEUR zurückgestellt.

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr für das Geschäftsjahr 2024 eine Vergütung von 115 TEUR erhalten. Für die im Jahr 2026 zu zahlende Aufsichtsratsvergütung des Geschäftsjahres 2025 werden 135 TEUR zurückgestellt.

Den Mitgliedern des Vorstandes sowie den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden weder Kredite gewährt noch sind Haftungsverhältnisse zugunsten dieser Personen eingegangen worden.

1.4 nahestehende Personen

Das Mutterunternehmen unterhält im wesentlichen Umfang marktübliche Geschäfte mit nahestehenden Personen sowie Konzernunternehmen, die im Rahmen der Vollkonsolidierung eliminiert wurden.

Darüber hinaus hat die Bank im Geschäftsjahr Risikoaktiva mit Deckungszusagen der BVR-SE übernommen. Diese Deckungszusagen überträgt die BVR-SE zur Abdeckung der Risiken auf die BAG. Aus der Abrechnung gewährter Deckungszusagen und Garantien hat die Konzernmutter im Geschäftsjahr Erträge abzüglich Aufwendungen in Höhe von insgesamt 52.267 TEUR von der BVR-SE erhalten. Deckungszusagen der BVR-SE gegenüber der BAG bestehen noch zur Abdeckung von Risiken bzgl. des Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 1138 sowie Kundenforderungen und Eventualverbindlichkeiten. Ferner unterhält der BVR eine unverzinsliche Bareinlage und hat einen Kredit zur Finanzierung einer Immobilie.

2. Honorar des Abschlussprüfers

Das Gesamthonorar des Konzernabschlussprüfers beläuft sich im Berichtsjahr auf insgesamt 564 TEUR (Vorjahr: 399 TEUR). Der Gesamtbetrag beinhaltet Abschlussprüfungsleistungen in Höhe von 498 TEUR, davon 17 TEUR für das Vorjahr (Vorjahr: 383 TEUR) und andere Bestätigungsleistungen in Höhe von 65 TEUR (Vorjahr: 16 TEUR). Aufwendungen für sonstige Leistungen oder Steuerberatungsleistungen ergaben sich nicht.

3. Durchschnittlich beschäftigte Arbeitnehmer

Die Zahl der 2025 in den einbezogenen Unternehmen durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Prokuristen	16,00	1,00
Handlungsbevollmächtigte	34,50	13,50
Angestellte	66,25	39,00
Gewerbliche Arbeitnehmer	0,00	0,00
Summe	116,75	53,50

Es wurden durchschnittlich 18,25 Auszubildende beschäftigt.

Die Geschäftsführung der Tochter- und Enkelgesellschaften liegt vornehmlich bei Mitarbeitern der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, sowie Mitarbeitern von Tochtergesellschaften.

4. Aktionäre/Aktien

	Aktionäre	Aktien	Grundkapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage
	Anzahl	Stück	EUR	EUR	EUR
Anfang 2025	1	3.811.933	99.108.308	157.225.553	0
Zugang 2025	0	0	0	0	0
Abgang 2025	0	0	0	0	0
Ende 2025	1	3.811.933	99.108.308	157.225.553	0

Der BVR hat im Berichtsjahr 1 Aktie von einem Kleinaktionär erworben.

Bei den Aktien handelt es sich ausschließlich um Stammaktien.

Der BVR hat der BAG eine Mehrheitsbeteiligung gemäß § 16 Abs. 1 AktG angezeigt.

Der Anteil des auf die 74 eigenen Aktien entfallenden Grundkapitals beträgt wie im Vorjahr 0,002 % bzw. 1.924,00 EUR. Der Nennwert je vinkulierter Namensaktie beträgt 26,00 EUR.

5. Aufstellung des Anteilsbesitzes nach § 313 Abs. 2 HGB

Die BAG Bankaktiengesellschaft besitzt folgende direkte und indirekte Kapitalanteile in Höhe von mindestens 20 Prozent an folgenden Unternehmen:

lfd. Nr.	Name	Sitz	Anteil gehalten von lfd. Nr.	Anteil am Kapital unmittelbar	Anteil am Kapital durchgerechnet	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres	
				%	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
5.1 Direkter Anteilsbesitz									
1	BAG Treuhand GmbH	Hamm	(BAG)	55	55	2025	115.493,22	2025	15.493,22
2	GHG Gesellschaft für Haus- und Grundbesitzvermittlung mbH	Hamm	(BAG)	100	100	2025	20.309.328,46	2025	18.212,03
3	PROMOTA Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH (vormals: PROMOTA-Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH)	Hamm	(BAG)	100	100	2025	-11.327.447,53	2025	0,00
4	UIW 2 GmbH (vormals: Deutsche Wohnen Kiel GmbH *)	Erlangen	(BAG)	5,1	5,1	2024	23.299.525,51	2024	1.710.038,43
5	UIW 3 GmbH (vormals: BauBeCon Assets GmbH *)	Erlangen	(BAG)	5,1	5,1	2024	47.496.719,62	2024	1.169.524,36
6	UIW 4 GmbH (vormals: Hamnes Investments GmbH *)	Erlangen	(BAG)	5,1	5,1	2024	11.715.805,61	2024	-444.580,71
7	UIW 5 GmbH (vormals: DWRE Erfurt GmbH *)	Erlangen	(BAG)	5,1	5,1	2024	25.000,00	2024	253.635,86
8	Union Investment Institutional Property GmbH *)	Hamburg	(BAG)	10	10	2024	41.356.666,40	2024	7.606.126,67
9	Union Investment Real Estate Austria AG *)	Wien	(BAG)	5,5	5,5	2024	10.057.789,89	2024	2.866.971,27
10	ZBI GmbH *)	Erlangen	(BAG)	5,1	5,1	2024	-37.849 TEUR	2024	-42.726 TEUR

5.2 Indirekter Anteilsbesitz									
11	ABV Grundstücksverwaltungs-gesellschaft mbH	Hamm	19	100	49,7	2024	-16.887.614,88	2024	990.593,60
12	BAG Wert GmbH	Hamm	2	100	100	2025	-2.641.565,66	2025	0,00 (EAV mit BAG)
13	BAG Vermögens-Anlage Gesellschaft mbH (ehemals: GVA GENO-Vermögens-Anlage-Gesellschaft mbH)	Hamm	3	100	100	2025	7.324.308,92	2025	3.413,31
14	BEGO Beteiligungs-gesellschaft mbH	Hamm	3	100	100	2025	-334.636,79	2025	0,00
15	BEGO Immobilienverwaltungs-gesellschaft mbH i.L.	Hamm	16	100	100	30.06.2016	-14.976.022,95	2025	0,00
16	BEGO Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH	Hamm	14	100	100	2025	4.093.790,60	2025	-6.028,03
17	BEGO-ZWP GmbH i.L. (vormals: VR-ZWP GmbH)	Hamm	3	100	100	31.07.2022	0,00	2025	0,00
18	DBE Immobilienverwaltungs GmbH	Hamm	3	48	48	2024	-6.513.888,21	2024	999.750,22
19	Deutsche Bauentwicklung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Hamm	3	49,7	49,7	2024	69.805,48	2024	-15.560,71

lfd. Nr.	Name	Sitz	Anteil gehalten von lfd. Nr.	Anteil am Kapital unmittelbar	Anteil am Kapital durchgerechnet	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres	
				%	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
20	DG IMMOBILIEN MANAGEMENT Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	2	100	100	2025	21.239.707,80	2025	934.693,19
21	Dritte Grundbesitz Wohnbaufonds GbR i.L. **)	Chemnitz	23	54,09	25,96	***)		***)	
22	Dritte Grundbesitz Wohnbaufonds Bayern GbR i.L. **)	Ottobrunn	23	46,53	22,33	***)		***)	
23	EMBE Fonds-Projekt GmbH	Berlin	24	48	48	2024	-3.730.898,82	2024	-555.675,48
24	EMBE Immobiliengesellschaft mbH	Hamm	3	100	100	2025	6.244.006,99	2025	0,00 (EAV mit BAG)
25	Grundbesitz Wohnbaufonds Bayern GbR **)	München	23	50,27	24,13	****)		2015	-9.996,36
26	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Fritz-Müller-Str. 107/ Ostring 18 **)	Stuttgart	23	30,84	14,81	2024	7.247.142,38	2024	142.595,54
27	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR	Stuttgart	23, 24	36,65	17,63	2024	20.724.436,11	2024	-76.928,29
28	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Stuttgart - Mitte 4 i.L. **)	Stuttgart	23, 24	58,01	27,93	****)		2024	164.273,99
29	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Mörikestr. 17 - 21, Stuttgart **)	Stuttgart	23	60,38	28,98	2024	4.454.068,27	2024	147.778,12
30	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Stuttgart - Vaihingen / Ludwigsburg **)	Stuttgart	23	31,44	15,09	2024	13.339.452,50	2024	-100.692,70
31	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Untere Waldplätze 2 **)	Stuttgart	23	49,79	23,9	2024	2.969.548,31	2024	3.831,23
32	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Wolf-Hirth-Straße 8 **)	Stuttgart	23	59,24	28,43	2024	2.937.208,70	2024	55.156,67
33	GVV Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR Bruchköbel **)	Berlin	23	66,84	32,08	****)		2022	156.274,50
34	HB Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH i.L.	Hamm	5	100	100	30.06.2022	0,00	2025	0,00
35	HFI Finanz- und Investitions-Beratungsgesellschaft Hamm mbH	Hamm	4	100	100	2025	4.362.479,07	2025	100.045,67
36	Immobilien- Vermögens- & Verwaltungs-GbR Nr. 5 **)	Leinfelden-Echterdingen	23	57,56	27,63	****)		2015	58.263,80
37	Immobilien- Vermögens- & Verwaltungs-GbR 70771 Leinfelden-Echterdingen Stetten, Stettener Hauptstraße 62-68 **)	Leinfelden-Echterdingen	23	24,17	11,6	****)		2022	47.711,28
38	NORDCAPITAL Immobilienfonds Niederlande 7 GmbH & Co. KG	Hamburg	16	37,46	37,46	2024	2.183.970,63	2024	-740.022,09
39	VR Inkasso Leasing & Consulting GmbH	Hamm	3, 4	100	100	2025	950.086,26	2025	-201.900,07
40	Zweite Grundbesitz Wohnbaufonds Bayern GbR i.L. **)	Ottobrunn	23	51,9	24,91	****)		2015	-83.369,26
41	Zweite Grundbesitz Wohnbaufonds Ost-West GbR i.L. **)	Ottobrunn	23	54,89	26,35	***)		***)	

lfd. Nr.	Name	Sitz	Anteil gehalten von lfd. Nr.	Anteil am Kapital unmittelbar	Anteil am Kapital durchgerechnet	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres	
				%	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR

5.3 Indirekter Anteilsbesitz in Liquidation / Insolvenz

(Nichtberücksichtigung im Konsolidierungskreis gem. § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB)

42	BEGO Anlagen-Management GmbH (in Insolvenz)	Hamm	18	100	100	2010	0,00	2010	-4.969.814,20
43	Kleverland Immobilien GmbH (in Insolvenz)	Berlin	27	100	48	2007	23.031,96	2007	-8.856,46
44	Pariser Platz 3 Grundbesitz Gesellschaft mbH (in Insolvenz)	Berlin	24	100	94,99	2018	130.512,62	2018	-173.678,62
45	VOBA Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Grundstückskommanditgesellschaft (in Insolvenz)	Berlin	27	100	48	2007	-8.202.289,44	2007	109.800,71

5.4 Direkter und Indirekter Anteilsbesitz mit Weiterveräußerungsabsicht

(Nichtberücksichtigung im Konsolidierungskreis gem. § 296 Abs. 1 Nr. 3 HGB)

46	Agargesellschaft Butzow mbH	Butzow	(BAG)	100	100	2024	879.865,58	2024	-1.097.991,07
47	Filia Domo GmbH	Bad Liebenstein	(BAG)	100	100	2024	5.479.311,33	2024	55.972,17
48	Agargesellschaft Sarnow mit beschränkter Haftung	Sarnow	46	100	100	2024	596.163,03	2024	9.535,00
49	Agargesellschaft Sarnow mit beschränkter Haftung & Co. Kommanditgesellschaft	Sarnow	46, 48	100	100	2024	1.116.656,96	01.07.-31.12.2024	324.156,78
50	GbR Mutterkuhhaltung Sarnow	Sarnow	46, 47	100	100	2024	1.326.519,31	01.07.-31.12.2024	185.470,99
51	Gesundheitsklinik "Stadt Hamburg" GmbH	St. Peter-Ording	47	100	100	2024	1.065.304,69	2024	7.708,46
52	MTS Maschinen-Traktoren-Service GmbH Sarnow	Sarnow	48	100	100	2024	522.962,53	2024	4.146,44

*) Direkte Beteiligungen von nicht untergeordneter bilanzieller Bedeutung.

**) Gesellschaft wird nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen, aufgrund untergeordneter Bedeutung (§ 296 Abs. 2 bzw. § 311 Abs. 2 HGB).

***) Gesellschaft bilanziert nicht.

****) Gesellschaft bilanziert nicht, sondern erstellt eine Einnahmen-Überschussrechnung zur Ermittlung des Jahresergebnisses.

6. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die wesentlichen sonstigen finanziellen Verpflichtungen stellen sich wie folgt dar:

Finanzielle Verpflichtung	Erfüllungsbeträge (Mio. EUR)
<u>Besserungsscheine</u>	
Besserungsscheinverpflichtung der BAG Bankaktiengesellschaft zur Abführung eines handelsbilanziellen Gewinns zugunsten der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin	412,1
Besserungsscheinverpflichtungen konsolidierter Tochtergesellschaften zugunsten der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin	123,0
<u>Mietverträge</u>	
Mietvertrag der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, für das Gebäude Hamm, Gabelsbergerstr. 1a; der Mietvertrag läuft mindestens bis zum 31. Dezember 2036	5,6
	540,7

Weitere nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin, (Garantieverbund) in Höhe von 3.583 TEUR.

Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH, Berlin, (BVR-ISG) eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung beziehungsweise Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen zu erfüllen.

7. Offenlegung durch die Institute

Gemäß Teil 8 der CRR (Artikel 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht des Mutterunternehmens sowie in der Anlage zum Konzernanhang enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu tätigen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Die Kapitalrendite des Mutterunternehmens, berechnet als Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme, beträgt wie in den Vorjahren 0,0 %.

8. Sonstige Angaben

Das Mutterunternehmen ist Mitglied des Genoverbands e. V., Frankfurt am Main, und gehört der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin, an.

Zugunsten der konsolidierten Konzernunternehmen bestehen Ansprüche aus 11 Besserungsscheinverpflichtungen; im Geschäftsjahr sind davon keine neu entstanden.

9. Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres 2025 sind keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BAG Bankaktiengesellschaft-Konzerns haben.

Hamm, den 26. März 2026

BAG Bankaktiengesellschaft

Der Vorstand



Kunsleben



Binczick

Anlage 1:**In den Konzernabschluss 2025 der BAG Bankaktiengesellschaft einbezogene Unternehmen**

Nr.	Unternehmen	Kapital- anteile unmittel- bar in %	Kapital- anteile mittelbar in %	Konsolidierungs- methode	aufsichts- rechtliche Institutsgruppen- zusammensetzung
1	GHG Gesellschaft für Haus- und Grundbesitzvermittlung mbH, Hamm	100,00	100,00	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
2	PROMOTA Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamm (vormals: PROMOTA-Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamm)	100,00	100,00	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
3	BAG Treuhand GmbH, Hamm	55,00	55,00	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
4	BAG Vermögens-Anlage Gesellschaft mbH, Hamm (vormals: GVA GENO-Vermögens-Anlage-Gesellschaft mbH, Hamm)	-	100,00	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
5	BAG Wert GmbH, Hamm	-	100,00	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
6	BEGO Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamm	-	100,00	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
7	BEGO Immobilien-Beteiligungs-gesellschaft mbH, Hamm	-	100,00	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
8	BEGO Immobilienverwaltungs-gesellschaft mbH i.L., Hamm	-	100,00	Vollkonsolidierung	-
9	BEGO-ZWP GmbH i.L., Hamm (vormals: VR-ZWP GmbH, Hamm)	-	100,00	Vollkonsolidierung	-
10	DG IMMOBILIEN MANAGEMENT Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	-	100,00	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
11	EMBE Immobiliengesellschaft mbH, Hamm	-	100,00	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
12	HB Grundstücksentwicklungs-gesellschaft mbH i.L., Hamm	-	100,00	Vollkonsolidierung	-
13	HFI Finanz- und Investitions-Beratungsgesellschaft Hamm mbH, Hamm	-	100,00	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
14	VR Inkasso Leasing & Consulting GmbH, Hamm	-	100,00	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung

assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen

1	ABV Grundstücksverwaltungs-gesellschaft mbH, Hamm	-	49,70	At Equity	-
2	DBE Immobilienverwaltungs GmbH, Hamm	-	48,00	At Equity	-
3	Deutsche Bauentwicklung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamm	-	49,70	At Equity	Befreiung Art.19 I CRR
4	EMBE Fonds-Projekt GmbH, Berlin	-	48,00	At Equity	Quoten- konsolidierung
5	NORDCAPITAL Immobilienfonds Niederlande 7 GmbH & Co. KG, Hamburg	-	37,46	At Equity	-

Kapitalflussrechnung des BAG-Konzerns

Die nachfolgende Kapitalflussrechnung zeigt die Entwicklung der Finanzlage im abgelaufenen Geschäftsjahr:

	2025 TEUR	2024 TEUR
1. Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag einschließlich Ergebnisanteilen anderer Gesellschafter)	585	-4.098
2. +/- Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	-4.973	2.411
3. +/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	9.333	18.936
4. +/- Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	186	20
5. -/+ Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	-1.011	0
6. -/+ Sonstige Anpassungen (Saldo)	12.480	2.812
7. -/+ Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kreditinstitute	-168.689	-9.554
8. -/+ Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kunden	-687.487	-26.691
9. -/+ Zunahme/Abnahme der Forderungen an Institute i.S.d. § 1 Abs. 3 ZAG (gilt nur für Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute)	0	0
10. -/+ Zunahme/Abnahme der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen)	75	-185.488
11a. -/+ Erwerb/Veräußerung von Immobilien des Umlaufvermögens	-42.683	-152.697
11b. -/+ Zunahme/Abnahme anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-17.670	-1.392
12. +/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	637.347	250.147
13. +/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	246.268	115.100
14. +/- Zunahme/Abnahme verbriefter Verbindlichkeiten (gilt nur für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute und Wertpapierinstitute)	0	0
15. +/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Instituten i.S.d. § 1 Abs. 3 ZAG (gilt nur für Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute)	19.227	-9.454
16. +/- Zunahme/Abnahme anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-17.885	-12.146
17. +/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	0	0
18. +/- Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten	-674	630
19. +/- Ertragsteueraufwand/-ertrag	29.338	13.454
20. + Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	-15.128	-1.325
21. - Gezahlte Zinsen	0	0
22. + Außerordentliche Einzahlungen	0	0
23. - Außerordentliche Auszahlungen (Genussrechtskapital)	0	0
24. -/+ Ertragsteuerzahlungen	-1.237	-2.015
25. = Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 24)	-2.598	-1.350
26. + Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	3.019	2.991
27. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögens	-99	-48
28. + Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	1.106	2
29. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-457	-913
30. + Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	0	0
31. - Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-6	-19
32. + Einzahlungen aus Abgängen aus dem Konsolidierungskreis	0	0
33. - Auszahlungen für Zugänge zum Konsolidierungskreis	0	0
34. +/- Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	0	0
35. + Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
36. - Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
37. = Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 26 bis 36)	3.563	2.013
38. + Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	0	0
39. + Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von anderen Gesellschaftern	0	0
40. - Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter des Mutterunternehmens	0	0
41. - Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an andere Gesellschafter	0	0
42. + Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
43. - Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
44. - gezahlte Dividenden an Gesellschafter des Mutterunternehmens	0	0
45. - gezahlte Dividenden an andere Gesellschafter	0	0
46. +/- Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)	-965	-666
47. = Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 38 bis 46)	-965	-666
48. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 25, 37, 47)	0	-3
49. +/- Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
50. +/- Konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
51. + Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1	4
52. = Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 48 bis 51)	1	1

Die Kapitalflussrechnung des BAG-Konzerns ist entsprechend der Empfehlung des DRS 21 gegliedert. Der ausgewiesene Finanzmittelfonds ist eng abgegrenzt und enthält den Kassenbestand und die Guthaben bei Zentralnotenbanken als Zahlungsmittelbestand.

Eigenkapitalspiegel des BAG-Konzerns nach DRS Nr. 22 (alle Angaben in TEUR)

Eigenkapital des Mutterunternehmens														
(Korrigiertes) Gezeichnetes Kapital														
Gezeichnetes Kapital Stamm- Vorzugs- aktien	Eigene Anteile Stamm- Vorzugs- aktien	Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen		Kapitalrücklage		Gesetzliche Rücklage		nach § 272 Abs. 2 Nr. 3 HGB		Gewinnrücklagen		Eigenkapital- differenz aus Währungs- umrechnung		Konzern- eigen- kapital Summe
		Stamm- aktien	Vorzugs- aktien	Summe	nach § 272 Abs. 2 Nr. 3 HGB	Summe	gesetzliche Rücklage	nach § 272 Abs. 4 HGB	sonstige Rücklagen	andere Gewinn- rücklagen	Summe			
99.110 0	99.110 -2	0	0	0	99.108	157.226	0	157.226	0	0	0	0	157.226	338.452
Kapitalerhöhung/-herabsetzung z. B.:														
Ausgabe von Anteilen	+	0		0		+		0			0		0	0
Erwerb/Veräußerung eigener Anteile	-	0	-/+	0	0	-/+	-/+	0	-/+	-/+	0		0	0
Einziehung von Anteilen	+	0	+	0	0	+		0			0		0	0
Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	+	0		0	0	-	-	0			0		0	0
Einforderung/Einzahlung bisher nicht eingeforderter Einlagen	+	0		0	0						0		0	0
Einstellung in/Erfnahme aus Rücklagen				+	0	+/-	+/-	+/-	+/-	+/-	0		0	0
Ausschüttung											0		0	0
Währungsumrechnung											0		0	0
Sonstige Veränderungen (Ergebnisvortrag)											0		0	0
Änderungen des Konsolidierungskreises	+/-	0	+/-	0	+/-	+/-	+/-	+/-	+/-	+/-	0	+/-	-232	-541
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag											0		0	0
Stand am 31.12.2024	99.110 0	99.110 -2	0	0	99.108	157.226	0	157.226	0	0	0	0	157.226	333.708
Eigenkapital des Tochterunternehmens														
(Korrigiertes) Gezeichnetes Kapital														
Gezeichnetes Kapital Stamm- Vorzugs- aktien	Eigene Anteile Stamm- Vorzugs- aktien	Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen		Kapitalrücklage		Gesetzliche Rücklage		nach § 272 Abs. 2 Nr. 3 HGB		Gewinnrücklagen		Eigenkapital- differenz aus Währungs- umrechnung		Konzern- eigen- kapital Summe
		Stamm- aktien	Vorzugs- aktien	Summe	nach § 272 Abs. 2 Nr. 3 HGB	Summe	gesetzliche Rücklage	nach § 272 Abs. 4 HGB	sonstige Rücklagen	andere Gewinn- rücklagen	Summe			
99.110 0	99.110 -2	0	0	0	99.108	157.226	0	157.226	0	0	0	0	157.226	333.708
Kapitalerhöhung/-herabsetzung z. B.:														
Ausgabe von Anteilen	+	0		0		+		0			0		0	0
Erwerb/Veräußerung eigener Anteile	-	0	-/+	0	0	-/+	-/+	0	-/+	-/+	0		0	0
Einziehung von Anteilen	+	0	+	0	0	+		0			0		0	0
Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	+	0		0	0	-	-	0			0		0	0
Einforderung/Einzahlung bisher nicht eingeforderter Einlagen	+	0		0	0						0		0	0
Einstellung in/Erfnahme aus Rücklagen				+	0	+/-	+/-	+/-	+/-	+/-	0		0	0
Ausschüttung											0		0	0
Währungsumrechnung											0		0	0
Sonstige Veränderungen (Ergebnisvortrag)											0		0	0
Änderungen des Konsolidierungskreises	+/-	0	+/-	0	+/-	+/-	+/-	+/-	+/-	+/-	0	+/-	-20	-973
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag											0		0	0
Stand am 31.12.2025	99.110 0	99.110 -2	0	0	99.108	157.226	0	157.226	0	0	0	0	157.226	333.320



**Bestätigungsvermerk
des unabhängigen Abschlussprüfers**

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSS-PRÜFERS

An die BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES KONZERNLAGEBERICHTS

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Konzernabschluss der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) - bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2025, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft.

Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der BAG Bankaktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2025 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES KONZERNLAGEBERICHTS" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSSACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Wir haben den folgenden Sachverhalt als den besonders wichtigen Prüfungssachverhalt bestimmt, der in unserem Bestätigungsvermerk mitzuteilen ist:

IDENTIFIZIERUNG UND BEWERTUNG WERTGEMINDERTER FORDERUNGEN AN KUNDEN SOWIE RÜCKSTELLUNGSBEDÜRFTIGER VERBINDLICHKEITEN AUS BÜRGSCHAFTEN UND GEWÄHRLEISTUNGSVERTRÄGEN (EVENTUALVERBINDLICHKEITEN)

Sachverhalt

Im Konzernabschluss der BAG Bankaktiengesellschaft werden nach Absetzung von Risikovorsorge Forderungen an Kunden von EUR 1.018,0 Mio. (Vorjahr EUR 91,1 Mio.) und Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen von EUR 165,3 Mio. (Vorjahr EUR 26,0 Mio.) ausgewiesen. Zudem wurden für Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen Rückstellungen in Höhe von EUR 19,4 Mio. (Vorjahr EUR 22,2 Mio.) gebildet.

Die Identifizierung wertgeminderter Forderungen an Kunden und die darauf basierende Einschätzung zu gegebenenfalls notwendigen Einzelwertberichtigungen der Kredite ist ein wesentlicher Bereich, in dem das Management Ermessensentscheidungen trifft. Des Weiteren unterliegt die Bemessung von Einzelrückstellungen für Eventualverbindlichkeiten Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen.

Das Risiko für den Konzernabschluss liegt darin, dass eventueller Einzelwertberichtigungs- und Einzelrückstellungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Risikovorsorge in Form von Einzelwertberichtigungen bzw. Einzelrückstellungen von der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung der jeweiligen Kreditnehmer sowie von der Bewertung der Kreditsicherheiten beeinflusst wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Forderungen an Kunden und Eventualverbindlichkeiten für den Konzernabschluss und insbesondere die Ertragslage von entscheidender Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

Die Angaben der Gesellschaft zur Identifizierung und Bewertung von wertgeminderter Forderungen an Kunden und rückstellungsbedürftigen Eventualverbindlichkeiten sind im Konzernanhang unter dem Kapitel „B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ sowie „C. Angaben zur Konzernbilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung“ dargestellt. Im Konzernlagebericht sind Ausführungen zum Kreditgeschäft und zur Steuerung der Adressenausfallrisiken in den Abschnitten „2.2 Geschäftsverlauf“ sowie „3.2 Chancen-/Risikobericht“ enthalten.

Prüferische Reaktion

Wir haben die Angemessenheit und Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems in Bezug auf die wesentlichen, rechnungslegungsrelevanten Kreditprozesse beurteilt. Im Fokus standen dabei der Prozess der Analyse der Informationen zur finanziellen Lage der Kreditnehmer, der Prozess der Identifikation von wertgeminderten bzw. rückstellungsbedürftigen Engagements sowie die Prozesse der Wertminderungsrechnungen (einschließlich Sicherheitenbeurteilung). Für die relevanten Kontrollmaßnahmen haben wir deren Aufbau bzw. Ausgestaltung gewürdigt und uns vergewissert, dass diese Kontrollen eingerichtet sind. In Folge haben wir uns von der Wirksamkeit der eingerichteten relevanten Kontrollen der BAG Bankaktiengesellschaft stichprobenhaft überzeugt.

Darüber hinaus haben wir auf Basis einer risikoorientierten Auswahl und einer ergänzenden Zufallsstichprobe aussagebezogene Prüfungshandlungen vorgenommen und die Notwendigkeit und — soweit erforderlich — die Angemessenheit von Einzelwertberichtigungen bzw. Einzelrückstellungen beurteilt. Dabei wurde der Datenbestand der BAG Bankaktiengesellschaft in Hinblick auf vordefinierte Prüfkriterien ausgewertet. In diesem Zuge wurden insbesondere die Höhe und Bewertung der Kreditsicherheiten berücksichtigt.

Im Einzelnen haben wir die wesentlichen Annahmen und Parameter im Rahmen des Wertberichtigungsprozesses nachvollzogen. Dies beinhaltete sowohl die Überprüfung der individuellen Schätzungen zu den erwarteten künftigen Rückflüssen, einschließlich der Rückflüsse aus der Realisierung von Kreditsicherheiten, als auch die Beurteilung, ob eine Inanspruchnahme aus den Eventualverbindlichkeiten droht. Abschließend umfasste unsere Prüfung die rechnerische Richtigkeit der ermittelten Einzelwertberichtigungen und Einzelrückstellungen.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Konzernabschlusses und Konzernlageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir

weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, Konzernlagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN KONZERNABSCHLUSS UND DEN KONZERNLAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilan-

zieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES KONZERNLAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der

Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im

Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Konzernabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- planen wir die Konzernabschlussprüfung und führen sie durch, um ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftsbereiche innerhalb des Konzerns einzuholen als Grundlage für die Bildung der Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchsicht der für Zwecke der Konzernabschlussprüfung durchgeführten Prüfungstätigkeiten. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

ÜBRIGE ANGABEN GEMÄß ARTIKEL 10 EU-APRVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 8. Juli 2025 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 1. Dezember 2025 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2023 als Abschlussprüfer des Konzernabschlusses der BAG Bankaktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben folgende Leistungen, die nicht im Konzernabschluss oder im Konzernlagebericht angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die Konzernunternehmen erbracht:

- Prüfung der Aufstellung von Finanzangaben nach IDW PS 490
- Betriebswirtschaftliche Prüfung des Meldebogens über Positionen in verbundinternen Eigenmittelinstrumenten der BAG Bankaktiengesellschaft nach ISAE 3000 (Revised)

- Durchführung vereinbarter Untersuchungshandlungen im Zusammenhang mit dem Erhebungsbogen zur Bemessungsgrundlage für die Beitragsveranlagung 2025 zum Garantiefonds der BVR-SE nach ISRS 4400 (Revised)
- Durchführung vereinbarter Untersuchungshandlungen im Hinblick auf Mittelanforderungen von der BVR-SE und Kaufpreisermittlungen im Zusammenhang mit der Übernahme von Vermögensgegenständen von zwei Genossenschaftsbanken im Geschäftsjahr 2024 nach ISRS 4400 (Revised).

VERANTWORTLICHE WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Marcus Moldt.

Düsseldorf, 23. April 2026

BDO AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Zink

Wirtschaftsprüfer

Moldt

Wirtschaftsprüfer



Bericht des Aufsichtsrates

Bericht des Aufsichtsrates zum Jahresabschluss und Konzernabschluss 2025 der BAG Bankaktiengesellschaft

Auch das Jahr 2025 stand im Zeichen geopolitischer Konflikte und daraus folgenden finanz- und realwirtschaftlichen Unwägbarkeiten. Der Aufsichtsrat bewältigte gemeinsam mit dem Vorstand die sich hieraus für die BAG ergebenden Herausforderungen. Für die BAG Bankaktiengesellschaft selbst war das Geschäftsjahr 2025 davon geprägt, im Zuge der Restrukturierung von Primärbanken Kredit- und Immobilienportfolios in erhöhtem Umfang zur weiteren Bearbeitung zu übernehmen. Die Position der BAG Bankaktiengesellschaft als Kompetenzzentrum der genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken und Raiffeisenbanken für die professionelle Bearbeitung von Problemkrediten und Problemimmobilien wurde hierdurch sowie durch die Zusammenarbeit mit über 55% der zum Verbund gehörenden Institute weiter gestärkt. Die Genossenschaftsbanken kennen den Mehrwert einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der BAG Bankaktiengesellschaft sowie ihrer Dienstleistungsgesellschaften und greifen auf ihr Know-how zurück.

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und den Vorstand der Bank laufend überwacht und beraten. Er befasste sich mit der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bank und der BAG-Gruppe, dem Risikomanagementsystem, der Planung und dem internen Kontrollsystem. Der Aufsichtsrat hat die Unternehmensstrategie sowie grundsätzliche Fragen der strategischen Weiterentwicklung und deren Umsetzung mit dem Vorstand erörtert. Zudem hat er sich vom Vorstand über die Geschäftspolitik, die Lage und Entwicklung der Bank und des Konzerns, das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement sowie über bedeutsame Geschäftsvorfälle regelmäßig und umfassend schriftlich und mündlich unterrichten lassen und hierüber mit ihm beraten. Zwischen den jeweiligen Sitzungszeiträumen erforderliche Beschlüsse wurden im Umlaufverfahren herbeigeführt. Der Vorstand hat zustimmungspflichtige Geschäfte dem Aufsichtsrat stets korrekt vorgelegt.

Der Aufsichtsrat verfügt aufgrund seiner Kenntnisse und Erfahrungen in seiner Gesamtheit über ausreichende Branchen- und Sachkenntnisse sowie über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung. Im Rahmen der Selbstbewertung gem. § 25d Abs. 11 S. 2 Nr. 3 und 4 KWG hat der Aufsichtsrat diese Anforderungen überprüft. Der Aufsichtsrat ist zudem frei von Interessenkonflikten. Die gesetzlichen Anforderungen gem. § 100 Abs. 5 AktG werden erfüllt.

Sitzungen des Aufsichtsrates

Im Geschäftsjahr 2025 fanden vier ordentliche Sitzungen des Aufsichtsrates sowie zwei außerordentliche Sitzungen des Aufsichtsrates statt. Kernthemen dieser Sitzungen waren:

- die Berichterstattung zur wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bank und der BAG-Gruppe
- die zusammengefasste Risikoberichterstattung inkl. der Kapitalplanung
- die Erörterung der strategischen Ausrichtung (inkl. der Geschäfts- und Risikostrategie und der Planung für die Folgejahre)
- die Feststellung des Jahresabschlusses 2024 und Billigung des Konzernabschlusses 2024 sowie die Erörterung wesentlicher Beschlussvorschläge für die ordentliche Hauptversammlung
- die Tätigkeitsberichte aus den Ausschüssen
- die regelmäßige Berichterstattung zu den u.a. von den Restrukturierungsbanken übernommenen Kredit- und Immobilienportfolien
- die Bearbeitung der im Zuge der Restrukturierung von Primärbanken übernommenen Kredit- und Immobilienportfolien
- die in Zusammenhang mit der Übernahme von Kredit- und Immobilienportfolien stehende Erarbeitung einer Kapitalplanung incl. daraus abgeleiteter Maßnahmen

Ausschüsse des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat der BAG Bankaktiengesellschaft hat zwei Ausschüsse eingerichtet, einen Nominierungsausschuss sowie einen Risiko- und Prüfungsausschuss. Dem Risiko- und Prüfungsausschuss obliegt hierbei unter anderem die Überwachung der Abschlussprüfung insbesondere hinsichtlich der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer erbrachten Nichtprüfungsleistungen. Beide Ausschüsse tagten im Geschäftsjahr 2025 jeweils zweimal. Die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden in den jeweils nachfolgenden Sitzungen über Inhalt und Ergebnisse dieser Ausschusssitzungen unterrichtet.

Jahresabschluss

Vertreter der Abschlussprüferin haben an der heutigen Sitzung des Aufsichtsrates teilgenommen und Erläuterungen gegeben. Im Vorfeld ist das Ergebnis der Prüfung dem Risiko- und Prüfungsausschuss erläutert und von diesem ausführlich erörtert worden. Der Vorsitzende des Risiko- und Prüfungsausschusses hat hierüber in der heutigen Sitzung des Aufsichtsrates berichtet.

Der Jahresabschluss für das Jahr 2025 mit Lagebericht und der Konzernabschluss mit Lagebericht – unter Einbeziehung der Buchführung – sind von der BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung nach intensiver Befassung und Einsicht in die Berichte der Abschlussprüferin sowie auf Basis der Empfehlung des Risiko- und Prüfungsausschusses zugestimmt und festgestellt, dass keine Einwendungen zu erheben sind. Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss hat der Aufsichtsrat heute festgestellt und den Konzernabschluss gebilligt. Ein Vorschlag des Vorstandes zur Verteilung des Bilanzgewinns war nicht erforderlich, da die Bilanz ein ausgeglichenes Ergebnis ausweist und kein Gewinn zur Verteilung bzw. Verwendung zur Verfügung steht.

Personalien

Im Geschäftsjahr 2025 ergaben sich keine personellen Veränderungen im Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand für die gute, konstruktive und stets vertrauensvolle Zusammenarbeit sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BAG Bankaktiengesellschaft und des BAG-Konzerns für ihre erfolgreiche Arbeit.

Hamm, den 28. Mai 2026



Daniel Quinten

- Vorsitzender des Aufsichtsrates -